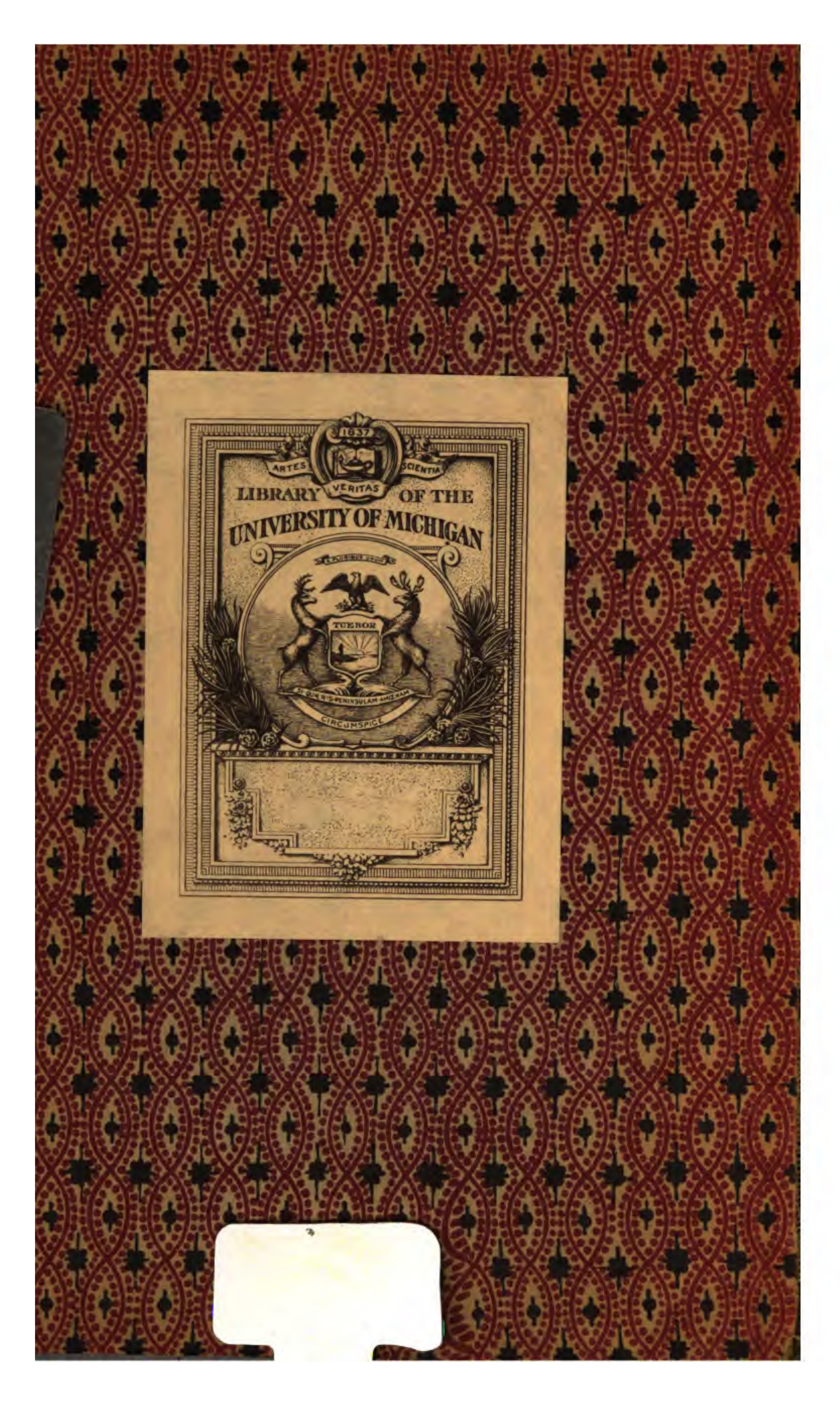
Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns

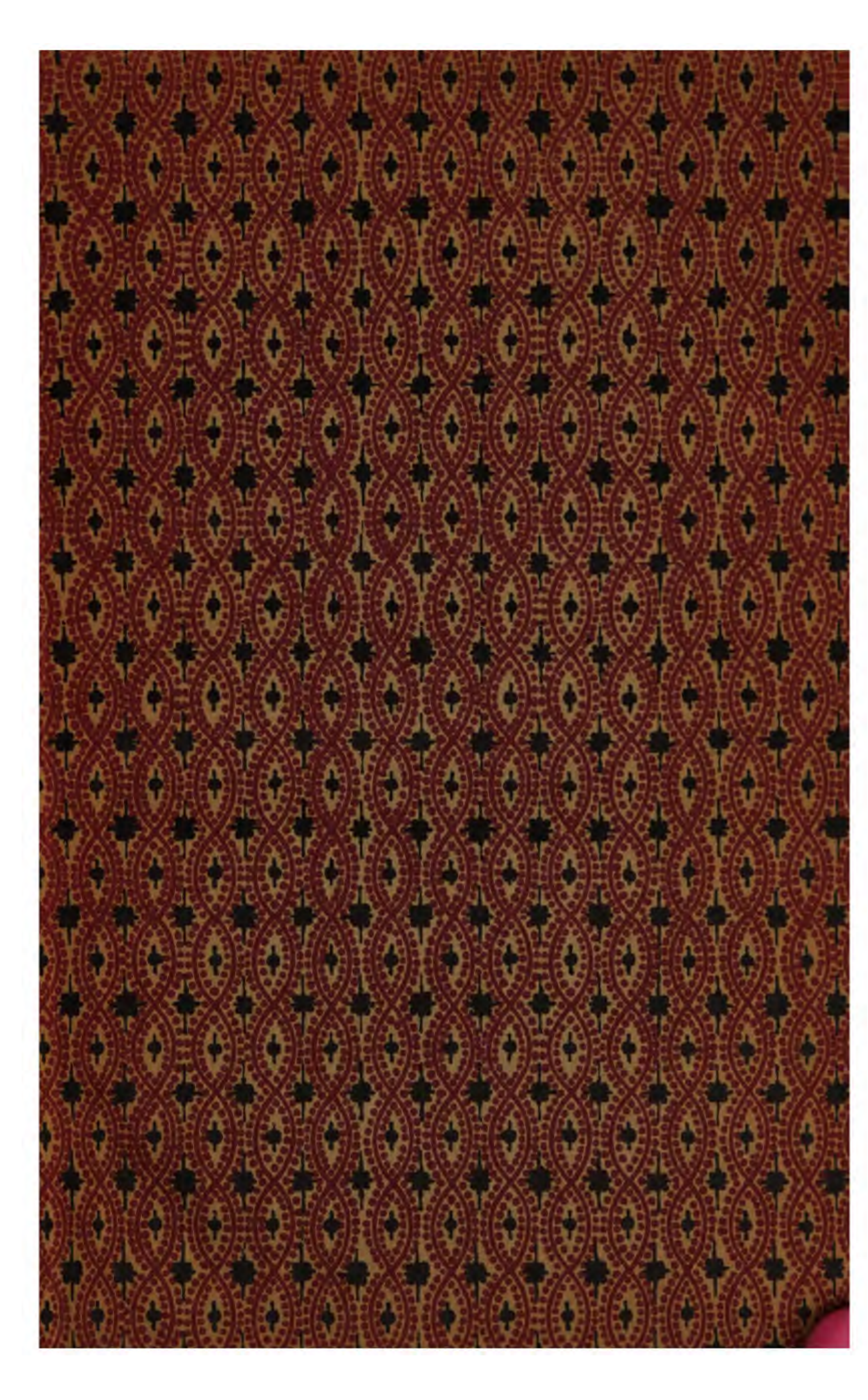
von

Alexander Hoyos
gew. Kabinettschef im Ministerium des kais. und königl. Hauses und des Äußern. Gesandter a. D.



Berlin und Leipzig 1922
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung - J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung
Georg Reimer - Karl J. Trübner - Veit & Comp.


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Der deutsch-englische Gegensatz
und sein Einfluß auf die
Balkanpolitik Österreich-Ungarns

von

Alexander Hoyos

gew. Kabinettschef im Ministerium des kais. und königl. Hauses
und des Äußern. Gesandter a. D.



Berlin und Leipzig 1922

Vereinigung wissenschaftlicher Verleger

Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung - J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung
Georg Reimer - Karl J. Trübner - Veit & Comp.

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10.

England und Deutschland.

Die internationale Politik der letzten 20 Jahre stand unter dem Zeichen des deutsch-englischen Gegensatzes.

Englische Politik im XIX. Jahrhundert.

Nach den Napoleonischen Kriegen gab es für die englische Weltstellung nur mehr einen ernsten Feind, Rußland, dessen gewaltige Volksmassen, von weitblickenden Herrschern und Staatsmännern geführt, zum Meere drängten und England an den vitalsten Stellen, an den Dardanellen, in Afghanistan und an der chinesischen Grenze bedrohten. Auf sich selbst angewiesen, konnte das Inselreich nicht hoffen, dieser Gefahr zu begegnen, es mußte trachten, die stärksten europäischen Mächte in einem Bunde zu einigen und sich so die Unterstützung des Kontinents für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Rußland zu sichern. Solange Deutschland, in Teilstaaten zerfallen, keine militärische Macht vorstellte, konnte für die englische Regierung nur ein Bündnis mit Frankreich und mit Österreich in Frage kommen. Schon Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts sagte sich England von der Heiligen Allianz los, um zu Frankreich in ein engeres Verhältnis zu treten; die Beziehungen reiften zu dem im Krimkriege verwirklichten Bündnis aus und auch späterhin bis zum Sturze des französischen Kaisertums hielt für England die Notwendigkeit an, seine europäische Politik auf ein gutes Verhältnis zum französischen Nachbarn aufzubauen.

Allerdings war Frankreich kein idealer Bundesgenosse und die Unruhe, welche die französische Politik seit der ersten Revovolution beherrschte, bereitete den englischen Staatsmännern unausgesetzt Sorge. Erinnerungen an die napoleonische Tradition waren in Paris lebendig und man hatte stets mit dem französischen Imperialismus zu rechnen, der seiner Natur nach die Erbfeindschaft gegen das Inselreich in sich barg.

Noch schwieriger war es für England, den zweiten in Betracht kommenden Bundesgenossen, Österreich, für seine Zwecke nutzbar zu machen, denn in Europa verfolgten sowohl England wie Frankreich Ziele, welche jenen der österreichischen Monarchie direkt zuwiderliefen. Es schien für beide Mächte so gut wie ausgeschlossen, ein kontinentales System zu verwirklichen, in welchem Österreich das Vorwerk Europas gegen Rußland werden sollte, solange sie in der italienischen und deutschen Frage gegen die Donaumonarchie arbeiten mußten. Und doch gelang es den Westmächten am Ende des Krimkrieges, die letzten Reste der heiligen Allianz, welche Österreich noch an das kaiserliche Rußland fesselten, zu sprengen und Österreich zu einer Intervention zu bewegen, durch welche ein dauernder Bruch zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett herbeigeführt wurde. Seither wurde die Rivalität Österreichs und Rußlands am Balkan zu einer unabänderlichen Tatsache, und England konnte diese als etwas Gegebenes vorweg in seine Berechnung einstellen, ohne Rücksicht auf das, was die österreichischen Interessen anderswo von jenen der Westmächte trennen mochte. Die Schwerkraft dieser Tatsache hat alle vorübergehenden Wechselfälle der europäischen Politik überwunden, weder der unglückliche Ausgang des italienischen Feldzuges im Jahr 1859

noch die Niederlage Österreichs in der deutschen Frage konnte etwas daran ändern, daß Rußland für Österreich ebenso wie für England der gefährlichste Feind war und daß beide Mächte dieser Gefahr gegenüber auf eine gemeinsame Politik angewiesen waren. Was Frankreich betrifft, änderte sich dagegen das Konzept für England nach der Begründung des Deutschen Reichs. Durch das Werk Bismarcks war eine neue Großmacht entstanden und die englischen Staatsmänner mußten sich fragen, ob diese für sie nicht größere Sicherungen Rußland gegenüber bieten könne, als das militärisch geschwächte und für Jahrzehnte durch den Revanchegedanken gebundene Frankreich. Hätte sich Österreich-Ungarn im Jahre 1870 entschlossen, die deutsche Frage wieder aufzuwerfen und Frankreich beizustehen, wäre es hierdurch zu einem französischen Siege gekommen, so wäre England wohl der französischen Orientierung treu geblieben. So aber erschien der gangbarste und mit dem russischen Ziel vor Augen auch der sicherste Weg, der neuen deutschen Kraft freien Lauf zu lassen und eine Entwicklung nicht zu stören, welche Europa eine andere Gestaltung geben und das englische Ziel der Errichtung eines Walles gegen den Osten am wirksamsten erfüllen konnte.

Ein englischer Politiker, Lord Dunsany, hat schon im Jahre 1874 unter dem Titel „Gaul or Teuton" eine Broschüre veröffentlicht, worin er für das Bündnis mit dem Deutschen Reiche eintrat. Dunsany erblickt die größte Gefahr für den europäischen Frieden in dem russischen Expansionsdrange und in der französischen Revanchepolitik. Er weist nach, daß der Revanchegedanke, den er als die logische Entwicklung des napoleonischen Imperialismus betrachtet, ein gedeihliches Zu-

sammenarbeiten Englands und Frankreichs unmöglich machen müsse. Für England hätten die deutschen Siege einen Erfolg über den französischen Imperialismus bedeutet, leider aber hätten sie den Nachteil gehabt, daß Europa von da ab in zwei feindliche Lager geteilt sei und dessen Widerstandskraft gegen die russische Bedrohung gelähmt werde. Zur Verwirklichung seiner Pläne auf Konstantinopel werde Rußland europäische Bundesgenossen suchen. Trotz der traditionellen Freundschaft Preußen-Deutschlands zu Rußland sei es höchst unwahrscheinlich, daß Bismarck die Besetzung der Meerengen durch Rußland zugeben und sein Land einer slavischen Umklammerung aussetzen werde. Dagegen wäre nichts natürlicher, als daß Frankreich sich bei Hintansetzung seiner Orientinteressen mit dem russischen Koloß verbünde. So könnte es am leichtesten Revanche üben und die verlorenen Provinzen wiedererobern. Zur Abwehr der russisch-französischen Gefahr für den europäischen Frieden will Dunsany einen großen mitteleuropäischen Block unter Teilnahme Englands ins Leben rufen, dieser Block müsse Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien in sich schließen und stark genug sein, um nach Osten und Westen hin den Frieden zu gebieten. Frankreich werde auf diese Weise der napoleonischen Tradition und dem Revanchegedanken entwöhnt und allmählich auch in den europäischen Friedensbund hineingezogen werden.

Im Lichte der seitherigen tragischen Ereignisse besehen, müssen die Ausführungen des weitblickenden Engländers Bewunderung erwecken. Die geniale Staatskunst des Fürsten Bismarck hat den Plan Dunsanys fast vollständig verwirklicht und der durch ihn geschaffene mitteleuropäische Block trug

zweifelsohne die Möglichkeiten für eine dauernde friedliche Konsolidierung Europas in sich.

Englands Annäherung an den Dreibund.

Solange England in Rußland den gefährlichsten Feind sah, war es auf die Anlehnung an den Dreibund angewiesen, und wenn es demselben auch nie formell beigetreten ist, so wirkten hier die Imponderabilien stärker als jedes formelle Bündnis. Wir wissen jetzt aus den Memoiren Baron Eckardsteins und Hamanns, daß die Gleichheit der beiderseitigen Interessen trotz aller Reibungen, die in der nach-bismarckischen Periode aufgetaucht waren, die englischen Staatsmänner noch an der Jahrhundertwende zu dem Versuche bewogen hat, ihrer deutschen Politik durch einen Vertrag Dauer zu verleihen. Man hatte in England das richtige Gefühl dafür, daß das zwanzigjährige freie Verhältnis nicht mehr lange halten könne und daß man zur Ehe schreiten müsse, wenn der Bruch vermieden werden solle. Chamberlain sprach sich damals ganz offen dahin aus, England müsse aus den unklaren Verhältnissen heraustreten und die „splendid isolation" aufgeben, es werde genötigt sein, den Anschluß an Rußland-Frankreich selbst um den Preis großer Opfer zu erkaufen, wenn seine Angebote in Berlin nicht angenommen würden. Für den Uneingeweihten ist es nicht leicht, darüber ein Urteil zu fällen, warum die deutsche Regierung dieses Angebot abgelehnt hat. Herr von Holstein wird allgemein als der Inspirator der Ablehnung angesehen. Es heißt, er habe seine Politik hauptsächlich auf die Annahme aufgebaut, daß eine Versöhnung Rußlands mit England für immer unmöglich wäre und daß die englische Regierung daher auch weiterhin genötigt sein werde, ihren Kurs im deutschen Fahrwasser fortzusetzen. Deutschland aber würde durch ein

formelles Bündnis mit England sein Verhältnis zu Rußland in nicht wieder gut zu machender Weise trüben, es würde in ein Vasallenverhältnis zu England geraten und den englischen Landsknecht in Europa spielen müssen. Solange die erste Prämisse Holsteins aufrechtzuerhalten war, lag es gewiß im Interesse Deutschlands, die beherrschende Rolle, welche Fürst Bismarck seinem Lande in Europa gerade dadurch gesichert hatte, daß er die traditionellen Beziehungen zu Rußland trotz des Dreibundes nicht ganz erkalten ließ, nicht ohne weiteres preiszugeben, seit dem Sturze des Fürsten war aber auf russischer und deutscher Seite alles geschehen, um den Draht mit Petersburg abzuschneiden und, wie die späteren Ereignisse bewiesen haben, war das Holsteinsche Axiom des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen England und Rußland an sich falsch. Es erscheint mir aber auch fraglich, ob diese Vorstellung allein für die Ablehnung des englischen Angebots maßgebend war. Aus der Lektüre der Memoiren des Fürsten Bülow gewinnt man vielmehr den Eindruck, daß es nicht allein Bedenken bezüglich der kontinentalen Stellung Deutschlands waren, welche das Auswärtige Amt bewogen, sich in keine Bindung mit England einzulassen, sondern vielmehr auch die Suggestion der deutschen Weltpoltik, wie sie sich in Flottenbau und kolonialer Expansion objektivierte. Fürst Bülow betont in seinem Buche, es sei sein hauptsächlichstes Verdienst gewesen, diese neue Weltpolitik trotz des wachsenden Mißtrauens Englands ohne kriegerische Verwicklungen begründet zu haben. Wenn dem so ist, so muß man sich fragen, ob das Problem, dem neuen Deutschland einen gebührenden Platz am Weltmarkt zu sichern, nicht leichter und dauernder im Rahmen eines Bündnisses mit Eng-

land hätte gelöst werden können. Jedenfalls wäre die europäische Atmosphäre eine günstigere geblieben. England wäre, in seinem Gegensatze zu Rußland eingefangen, genötigt gewesen, vieles ruhig hinzunehmen, was unter geänderten Verhältnissen als direkte Bedrohung seiner Machtstellung in Erscheinung trat. Es ist möglich, daß es auf diese Weise früher zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland gekommen wäre, der Krieg wäre dann aber unter weit günstigeren Bedingungen geführt worden.

Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland.

Bei Beurteilung der deutsch-russischen Beziehungen muß man sich vor Augen halten, daß der Hintergrund der politischen Schaubühne Europas seit der französischen Revolution durch die der Demokratie zustrebende revolutionäre Bewegung der heranwachsenden bürgerlichen Intelligenz ausgefüllt war. Nirgends hat dieser Umstand auf die politische Entwicklung stärker gewirkt als in Rußland. Die russische Geschichte des 19. Jahrhunderts ist ein fortgesetztes Rückzugsgefecht der Autokratie gegen die Revolution. In diesem Kampfe war das Deutschtum in und außerhalb Rußlands der wertvollste Bundesgenosse der Krone. Rußland ist durch deutsche Organisation, durch deutschen Geist, in eine europäische Form gepreßt worden, im Gegensatz zum russischen Volke, das stets nach Asien gravitierte. Die wachsenden Reifeerscheinungen des aufstrebenden russischen Bürgertums haben ihre Ausdrucksform immer mehr im Kampfe gegen die deutschen Eindringlinge gefunden. Auch ein Alleinherrscher muß mit der öffentlichen Meinung seines Reiches rechnen, und wenn auch kraftvolle Herrschernaturen, wie Nikolaus der Erste, den von unten heraufdrängenden antideutschen Strömungen zeitweilig zu widerstehen suchten,

so waren Kompromisse auf die Dauer doch unvermeidlich. Es erschien der Autokratie weniger gefährlich, diese auf außerpolitischem und national-chauvinistischem Gebiete zuzugestehen als auf jenem der freiheitlichen Reformen im Innern. So fand die russische Bourgeoisie einen auch von höchster Stelle begünstigten Ausweg für ihre brachliegenden politischen Energien im Panslavismus, dessen Spitze sich naturgemäß in erster Reihe gegen Deutschland richten mußte. Fürst Bismarck hat die nationale Bewegung in Rußland schon während seines Aufenthaltes in Petersburg mit wachsender Sorge verfolgt, er mag schon damals vorausgesehen haben, daß die politischen Richtungslinien Deutschlands und Rußlands auf die Dauer nicht parallel laufen könnten, seine Dreibundpolitik ist aus dieser Erwägung hervorgegangen, und wenn er es auch später mit meisterhafter Virtuosität verstand, die monarchische Interessengemeinschaft und die traditionelle Freundschaft der Dynastien für seine Zwecke nutzbar zu machen, so ist doch sein ganzes politisches System auf der Überzeugung aufgebaut, daß der russische Nationalismus früher oder später die dynastisch konservativen Hemmungen der Krone durchbrechen und diese zu einem Vorstoß gegen Europa zwingen werde. Solange Rußland mit der Feindschaft Englands zu rechnen hatte, war allerdings dafür gesorgt, daß kein russischer Kaiser das Unmögliche wagen werde, gleichzeitig gegen Deutschland und England loszugehen. Die große Kunst der Bismarckischen Politik bestand darin, die Notwendigkeit der deutschen Rückendeckung für Rußland und für England aufrechtzuerhalten und politischen Abenteuern auf diese Weise vorzubeugen. Die Nachfolger des ersten Kanzlers haben das Gleichgewicht in dem komplizierten politischen Systeme, das er ihnen hinter-

ließ, nicht aufrechterhalten können, sie schwächten es nach beiden Seiten hin, einerseits weil der Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht mehr erneuert wurde und noch mehr dadurch, daß sie England durch Ablehnung der Chamberlainschen Angebote ins feindliche Lager trieben.

Die Entente Englands mit Frankreich.

Den Auftakt zur Neuorientierung der englischen Politik bildete das Bündnis mit Japan, ohne welches Japan den Krieg gegen Rußland wohl nie begonnen hätte. Wie bekannt, hat dieser Krieg der russischen Expansionspolitik im fernen Osten ein Ende bereitet und damit auch den britischen Besitz in Asien gesichert. An sich aber konnte dieses Bündnis allein den Bedürfnissen der englischen Politik nicht genügen, England mußte auch die Annäherung an Frankreich und Rußland suchen, um das Werk zu vollenden.

Ich weilte im Jahre 1903 in Paris, als König Eduard nach Beendigung des Burenkrieges seinen Antrittsbesuch bei der französischen Republik machte und dort den Grundstein zur Entente legte. Der König kannte die Franzosen besser als die meisten seiner Untertanen es taten. Er hegte lebhafte Sympathien für Frankreich und die Entente ist insofern sein Werk gewesen, als es vor allem seiner geschickten und taktvollen Behandlung der französischen Staatsmänner gelang, die großen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die einer Verständigung im Wege standen. Im Burenkriege hatten sich die französische Regierung und das französische Volk auf die Seite der südafrikanischen Republiken gestellt. Frankreich hatte sogar im Vereine mit Rußland den Versuch gemacht, das Berliner Kabinett zu einer gemeinsamen Intervention zugunsten der Buren zu bewegen. Man hatte Faschoda und Ägypten in Paris nicht vergessen

und niemand konnte damals voraussehen, daß es so bald zu einer Verständigung und in der Folge zu engster Freundschaft kommen werde. Jedenfalls beurteilte man in London die Möglichketen einer Annäherung noch mit größter Skepsis. Der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Charles Hardinge, welcher den König nach Paris begleitete, sprach sich einem meiner Freunde gegenüber über den Zweck des Besuchs dahin aus, man sei in England nicht besonders optimistisch, hoffe aber doch zu erreichen, daß Frankreich sich verpflichte, neutral zu bleiben, für den Fall, daß der unvermeidliche Krieg Englands mit Rußland ausbreche. So stark war eben noch die Überzeugung, daß die Gefahr von Rußland her drohe und daß das englische Volk sich vor allem auf einen Krieg in Asien vorbereiten müsse.

Der liberale Kurs in England.

Zwar wurde die Entente von einer konservativen englischen Regierung abgeschlossen, sie hat aber erst eigentliches Leben gewonnen, als in England die Liberalen ans Ruder kamen. Für die politische Geschichte des britischen Reiches bedeutete der damalige Regierungswechsel mehr als eine einfache Rollenvertauschung zwischen Tories und Whigs, er bedeutete den definitiven Eintritt Englands in die Reihe der von revolutionärem Geiste beseelten bürgerlichen Demokratien Europas. Eine neue Gesellschaftsschicht kam durch diesen Systemwechsel in England ans Ruder und ihre ganze Einstellung auf die Politik erleichterte mehr als irgend etwas anderes den Ausgleich mit der französischen Bourgeoisie. Es lag in der Natur der Verhältnisse, daß jede Annäherung an Frankreich die Beziehungen Englands zu Deutschland verschlechtern mußte, war doch die ganze Ententepolitik der Erwägung entsprossen, daß das ursprünglich gewünschte

deutsche Bündnis sich als undurchführbar erwiesen hatte. Und doch glaube ich nicht, daß die Voraussicht eines unvermeidlichen und nahe bevorstehenden Zusammenstoßes mit Deutschland schon damals, als die Wege der beiden germanischen Mächte sich trennten, als treibender Faktor zum Anschluß an Frankreich genötigt hatte. Allerdings hatte die Haltung der deutschen öffentlichen Meinung im Burenkrieg Erbitterung hervorgerufen. Ich habe Anzeichen wachsenden Mißtrauens wegen der zum Teil rücksichtslos vordrängenden deutschen Handelskonkurrenz schon im Jahre 1900 unter englischen Kaufleuten in China wahrnehmen können, das unbestimmte Phantom einer neuen, sich immer stärker dokumentierenden aggressiven Weltpolitik Deutschlands war schon aufgetaucht, aber die Beziehungen der beiden Regierungen waren noch durchaus korrekte und die antideutschen Strömungen wurden keineswegs an maßgebender Stelle hoch eingeschätzt. Die auf naher Verwandtschaft beruhende langjährige Familientradition der beiden Höfe trug auch viel dazu bei, wenigstens die Fassade der alten Freundschaft aufrechtzuerhalten und so den Bruch, der sich vorbereitete, zu verzögern.

Der Ausgleich Englands mit Rußland.

Solange England keinen Ausgleich mit Rußland gefunden hatte, konnte das gute Verhältnis zu Frankreich allein ihm keine Sicherheiten bieten, es war gezwungen, wenigstens äußerlich die Beziehungen zu Deutschland nicht ganz preiszugeben.

Erst der für Rußland unglückliche Ausgang des japanischen Krieges hat die Voraussetzungen für einen englisch-russischen Interessenausgleich in Asien geschaffen und damit auch für die Tripleentente, die dann geschlossen als die stärkste europäische Koalition gegen den Dreibund Front machen konnte.

Die noch während des Krieges in Rußland entbrannte revolutionäre Bewegung hat viel dazu beigetragen, die russische Regierung zu einer Verständigung mit England zu nötigen. Wie bekannt, hat der deutsche Kaiser während des Krieges den Versuch gemacht, den Zaren für eine konservative, den Interessen des monarchischen Erhaltungsprinzips Rechnung tragende Neuorientierung zu gewinnen; in neuer Form sollte das Dreikaiserbündnis wieder entstehen. Im Vertrage von Björkö hatte Kaiser Nikolaus auch tatsächlich diesbezügliche Verpflichtungen auf sich genommen, der Vertrag wurde aber von der russischen Regierung desavouiert. Die durch die innerpolitische Lage gebotene Entwicklung der russischen Politik war nicht mehr aufzuhalten. Der Zarismus war durch den unglücklichen Krieg und durch die Revolution in seinen Grundfesten erschüttert, er hatte nicht mehr die guten Nerven, die nötig gewesen wären, um sein Lebensprinzip gegen die anstürmenden revolutionären Wogen in einem Dreikaiserbündnis neuerlich zu bekräftigen. Man entschied sich in Petersburg für den Weg des geringeren Widerstandes und dieser lag in der Begünstigung der antideutschen panslavistischen Bewegung und in der Annäherung an England. Durch eine liberale, nach den Westmächten hin orientierte Politik hoffte man das nationale russische Bürgertum von der Revolution wieder einmal ablenken zu können. Den Panslavisten aber war die ostasiatische russische Politik niemals genehm gewesen, nach ihrem Kredo lag Rußlands Mission am Balkan und in Europa.

Iswolski. Nach dem Portsmouther Friedensschluß wurde der anglophile russische Diplomat Iswolski zum Außenminister ernannt. Iswolski, der vor dem Kriege den Gesandtenposten in Tokio

innegehabt hatte und stets ein Gegner des japanischen Abenteuers gewesen war, führte die russische Politik nach Europa zurück. Er verdankte seine Karriere dem Einflusse der dänischen Königsfamilie am russischen Hofe und war ein überzeugter Anhänger eines Ausgleichs mit England, nicht nur weil er die liberalen Strömungen in Rußland seinen Zwecken dienstbar machen wollte, sondern insbesondere auch, weil er hoffte, englisches Kapital für den Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft gewinnen zu können. Das französische Kapital war damals fast nur für staatliche russische Anleihen erhältlich. Herr Iswolski fand überdies eine Befriedigung seines sozialen Ehrgeizes in dem neuen europäischen Kurse, der ihm in Paris und London eine führende gesellschaftliche Rolle sicherte. Wie sehr er mit der Hypothek persönlicher Eitelkeit belastet war, hat er im Jahre 1908 bewiesen, als er sich in London und Paris in der Dardanellenfrage mit Schlagworten über höhere europäische Interessen abfertigen ließ, wogegen er die Freiheit der Meerengen voraussichtlich mit Unterstützung Österreich-Ungarns und Deutschlands vor dem europäischen Areopag hätte erreichen können, wenn er sich in der Annexionskrise nicht ganz auf seiten Englands und Frankreichs gestellt hätte, vielmehr den in Buchlau übernommenen Verpflichtungen treu geblieben wäre. Ein russischer Diplomat, der im Jahre 1908 im Außenministerium in Petersburg tätig war, erzählte mir nach Beendigung des Weltkrieges, Iswolski habe nach der Buchlauer Entrevue aus Baden-Baden am Wege nach London an das Ministerium telegraphiert, er sei über seine Unterredung mit Ährenthal sehr befriedigt. Alles sei geregelt worden, Österreich werde Bosnien annektieren und Rußland als Entschädi-

gung die freie Durchfahrt durch die Meerengen erhalten. Später hat Iswolski die Vorgänge stets so darzustellen versucht, als sei er von Ährenthal hintergangen worden, als habe unser Vorgehen in der Annexionskrise zum definitiven Bruch der österreichisch-russischen Entente geführt. Tatsächlich hatte Rußland schon vor der Buchlauer Entrevue das Revaler Abkommen mit England abgeschlossen und damit formell für die englische Orientierung optiert. Richtig ist, daß Iswolski den einseitigen Gewinn, den die Buchlauer Verabredungen dem Grafen Ährenthal eintrugen, persönlich als Kränkung empfand, daß er sich rächen wollte und die antiösterreichische Politik um so mehr als Herzenssache auffaßte. In ihren Grundlinien war er aber auf diese schon vor den Buchlauer Unterredungen mit Ährenthal eingeschworen gewesen, denn das System, das er vom ersten Tage an anstrebte, führte zur Tripleentente und damit zur offenen Feindschaft dem Dreibunde gegenüber.

Iswolski hat kurz vor seinem Tode in der „Revue des Deux Mondes" Memoiren veröffentlicht, die in diesem Belange sehr lehrreich sind. In einem der ersten Kapitel faßte er die internationale Lage, wie er sie bei seinem Amtsantritt als Minister des Äußeren vorgefunden habe, zusammen. Der Augenblick sei, so sagt er, für Rußland höchst kritisch gewesen. Durch den unglücklichen Krieg und die Revolution geschwächt, habe das Land vor allem an die Konsolidierung der inneren Verhältnisse und an eine Revision seiner auswärtigen Politik denken müssen. Durch das formelle Bündnis mit Frankreich sei die Politik Rußlands in Europa seit 15 Jahren umschrieben gewesen. Kaiser Nikolaus habe allerdings während des japanischen Krieges in einem Moment der Schwäche den perfiden

Bestrebungen des deutschen Kaisers nachgegeben und in Björkö einen Vertrag unterschrieben, der geeignet war, wenn auch nicht die Verbindung mit Frankreich ganz zu lösen, so doch die russische Außenpolitik in eine schwierige Lage zu bringen. Den Bemühungen des Grafen Lamsdorf sei es gelungen, durch einen Appell an das Ehrgefühl und den gesunden Menschenverstand des Zaren, die Politik von Björkö zu vereiteln und Rußland dieser deutscherseits gelegten Falle zu entziehen.

So habe er, Iswolski, das Bündnis mit Frankreich bei seinem Amtsantritt noch intakt vorgefunden. Während des japanischen Krieges seien aber in der europäischen Politik große Veränderungen vor sich gegangen. Die englisch-französische Entente sei abgeschlossen worden, sie sei auch für Rußland im Kriege nützlich gewesen; um aber aus der neuen Entente dauernden und nachhaltigen Vorteil ziehen zu können, habe Rußland selbst eine Annäherung an England suchen müssen. Dies allein hätte jedoch noch nicht genügt, als Ergänzung sei auch eine ehrliche Aussöhnung mit Japan unbedingt nötig gewesen. Durch eine solche Politik habe Rußland seine Stellung Frankreich gegenüber stärken und der französischen Allianz eine breitere Grundlage geben können. Hätte Rußland damals es versäumt, die logischen Konsequenzen aus der internationalen Lage zu ziehen und wäre es in gespanntem Verhältnis zu England und Japan geblieben, so wäre es früher oder später in eine schiefe Stellung zwischen seinem französischen Bundesgenossen und den beiden anderen Mächten geraten. Deutschland hätte den Versuch wieder aufgenommen, Rußland von Frankreich zu trennen und es neuerdings im fernen Osten zu engagieren. Nichts wäre für Rußlands Zukunft und für

den Weltfrieden gefährlicher gewesen, als eine solche „Umkehr der Bündnisse". Wenn Rußland sich von Frankreich abwendete und den Kampf um die Vorherrschaft in Asien wieder aufnahm, so war es nicht nur gezwungen, auf seine „historische Rolle in Europa" zu verzichten, es hätte überdies noch jede moralische und ökonomische Unabhängigkeit gegenüber Deutschland verloren. Wäre aber Rußland auf diese Weise zum Vasallen Deutschlands geworden, so hätte ganz Europa an den Folgen leiden müssen. Von jeder Sorge Rußland gegenüber befreit, hätte das Deutsche Reich nur die Stunde zum Angriff auf Frankreich und England zu wählen gebraucht, um sich die Weltherrschaft zu sichern.

Dies, so schließt Iswolski den Artikel, sei das schwerwiegende Dilemma gewesen, das sich ihm bei Übernahme der Geschäfte entgegenstellte und eine sofortige unwiderrufliche Stellungnahme herausforderte. Er habe das Problem noch bevor er zum Minister ernannt worden sei, in Paris und London mit Nelidow und Benckendorff besprochen und sie seien alle drei einig darüber gewesen, daß die auswärtige Politik Rußlands auf der unabänderlichen Grundlage des französischen Bündnisses fortzuführen sei, daß dieses Bündnis aber durch neue Abmachungen mit England und Japan gestärkt und erweitert werden müsse.

Wenn man auch in Betracht zieht, daß Iswolski diese Memoiren veröffentlichte, als er in Paris als russischer Emigrierter in sehr schwierigen Vermögensverhältnissen lebte und ein Interesse daran hatte, seine Politik als eine deutschfeindliche à outrance hinzustellen, so muß man seinen Ausführungen doch Glauben schenken, denn er hat das hier skizzierte Aktions-

programm als Minister tatsächlich durchgeführt. Als Graf Ährenthal im Jahre 1906 österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren wurde und sich in Petersburg von Iswolski verabschiedete, war dieser für die englische Politik schon so sehr eingenommen, daß er jede Diskussion über die Möglichkeit einer Neuorientierung Rußlands im Sinne eines Dreikaiserbündnisses ablehnte.

Die endgültige Verständigung mit England ist erst im Jahre 1907 bei der Revaler Zusammenkunft erreicht worden. Schon früher hatte aber England den Weg hiezu vorbereitet, indem es die neue Freundschaft zu Frankreich durch seine Unterstützung der französischen Politik in der Marokkofrage vitalisiert und ihr jene gegen Deutschland gerichtete Spitze gegeben hatte, welche gerade für Herrn Iswolski ein besonderes argumentum ad hominem bilden mußte.

Die Marokko-Affäre war das erste Ergebnis der englisch-französischen Entente. Durch das Mittelmeerabkommen hatte England sich Ägypten definitiv gesichert und dafür den Franzosen ohne Rücksicht auf die bestehenden internationalen Verträge Handlungsfreiheit in Marokko zugesagt. In merito hatte die deutsche Regierung gewiß Recht, gegen diese einseitige Lösung einer internationalen Frage aufzutreten und ihre Ansprüche geltend zu machen. In der hieraus entstandenen Auseinandersetzung wurden aber deutscherseits in taktischer Hinsicht große Fehler begangen. Auf die anfängliche Intransigenz folgte, als die Kriegsgefahr imminent wurde, ein Zurückweichen auf der ganzen Linie; die Algecirasakte trugen den Stempel der Unzulänglichkeit an sich, sie konnten keinen dauernden Bestand haben. Durch die schwankende und wechselvolle Haltung des

Die Marokko-Krise.

Auswärtigen Amtes wurde die internationale Lage verschlechtert und der Weltfrieden gefährdet, ohne daß Deutschland selbst entsprechenden Nutzen aus der Aktion gezogen hätte. Die geringen Rechte, welche es sich noch in Marokko sichern konnte, wären auch wohl durch direkte Verhandlungen mit Frankreich, wie sie der Nachfolger Delcassés, Rouvier, vorgeschlagen hatte, erhältlich gewesen.

Die deutsche Politik nach der Entlassung Bismarcks

Im Marokko-Abenteuer spiegelt sich eine Politik wieder, welche, der Bismarckischen Tradition zuwiderlaufend, sich allzusehr in den Dienst des Handels und der Großbanken gestellt hatte. Die neue deutsche Großmacht, welche Bismarcks Staatskunst geschaffen hatte, mußte von allem Anfang an mit der Eifersucht der Nachbarn rechnen. Bismarcks fortdauernde Sorge vor Koalitionen, „le cauchemar des coalitions", war eine vollkommen berechtigte. Deutschland konnte nur geduldet werden, solange es in dem europäischen System eine funktionelle Friedensmission besser erfüllte als irgendeine andere Großmacht, solange es der Versuchung widerstand, in englische oder russische Interessensphären hinüberzugreifen. Wenn es dieser kontinentalen Mission treu blieb, durfte es wenigstens auf die Unterstützung Englands rechnen. Fürst Bismarck war ein Landjunker, der den in drei Kriegen erworbenen deutschen Besitzstand mit bäuerlicher Zähigkeit und Liebe pflegte und die deutsche Macht nur mehr als Gleichgewichts- und Friedensfaktor in der internationalen Politik einsetzen wollte. In der Wilhelminischen Ära verlor die deutsche Politik diesen bodenständigen Charakter, sie wurde in den Dienst kapitalistischer Interessen gestellt und erzielte zwar manche Augenblickserfolge, büßte aber ihre Beständigkeit ein, weil ihre Endziele nicht immer

mit Lebens-Interessen des deutschen Volkes zusammenfielen. Wegen marokkanischer Bergwerke oder chinesischer Eisenbahnkonzessionen konnte kein verantwortlicher deutscher Staatsmann einen europäischen Krieg entfesseln, es mußten daher Situationen eintreten, wo ein Rückzug die einzige Lösung bot. Die abwechselnd aggressive und nachgiebige deutsche Politik wirkte dem Auslande gegenüber als unstetes Element, das bald die Angst vor einem Weltkriege, bald wieder ein allzugroßes Sicherheitsgefühl gegenüber den deutschen Drohungen herausforderte. Sie verletzte, ohne Respekt einflößen zu können, erschütterte das Vertrauen der Freunde im Auslande und bot andererseits den aktiveren Feinden durch ihre Schwankungen das Argument, man könne gegen Deutschland unternehmen, was man wolle, zum Kriege werde es doch nie kommen, dazu würde sich Kaiser Wilhelm nie entschließen. Die Marokkokrise hat besonders in England die noch vorhandenen Freundschaftsgefühle für Deutschland stark erschüttert, die deutsche Partei verlor dort an Bedeutung, und man schenkte immer mehr jenen Stimmen Gehör, welche in der aufstrebenden deutschen Weltkonkurrenz die größte Gefahr für den Frieden erblickten und der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die deutsche Begehrlichkeit, die sich gegen Englands Weltstellung richte, nur durch eine mächtige Koalition in Schach gehalten werden könne. Selbst in eingeweihten Kreisen fühlte man sich vor einem deutschen Angriff nicht sicher und begann man mit der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung zu rechnen. Man wünschte den Krieg in England gewiß nicht; der beatus possidens hat keinen Grund zu den Waffen zu greifen, solange er sich in seinem Besitzstand sicher fühlt. Sir Edward Grey war nicht

der Mann, einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, er betrieb die Einkreisungspolitik, um den Frieden zu erhalten und um Deutschland zu einem Ausgleich in der Flottenfrage zu zwingen. Und doch führte seine Politik zuletzt zum Weltkriege, denn um die Koalition lebenskräftig zu erhalten, mußte er sich in Frankreich und Rußland die Unterstützung jener Kreise sichern, welche die Tripleentente zur Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Pläne benutzen wollten. Der Fehler der englischen Politik lag darin, daß die liberalen Minister glaubten, durch die Tripleentente dieselben Bürgschaften für die Erhaltung des europäischen Friedens schaffen zu können, welche Disraeli und Salisbury durch ihre Unterstützung der konservativen Politik Bismarcks erreicht hatten. Darin lag eine große Täuschung: Greys Politik führte, ohne daß er es wollte, zum Weltkrieg, und die verspätete Erkenntnis dieses Fehlers mag viel zu der Erbitterung beigetragen haben, mit der die englische Regierung die deutsche Unterstützung unserer Aktion gegen Serbien aufgenommen hat.

Die Tripleentente und die Annexionskrise.

Durch das im Jahre 1907 abgeschlossene Revaler Abkommen wurde die von Herrn Iswolski angestrebte Verständigung Rußlands mit England erzielt und damit die Tripleentente begründet. Ein Jahr darauf mußte diese neue Koalition in der Annexionskrise die erste Feuerprobe bestehen. Graf Ährenthals kraftvoller und bedachter Politik gelang es damals, den in dem Dreiverbande vertretenen Mächten eine diplomatische Niederlage zu bereiten, sein festes Auftreten gegenüber den von England mit Nachdruck unterstützten serbischen und russischen Prätentionen brachte ihm einen vollen, wenn auch nicht dauernden Erfolg. Die Lösung der bosnischen Frage war für Österreich-Ungarn nach dem Ausbruch der jung-

türkischen Revolution eine Notwendigkeit geworden, und die späteren Ereignisse haben bewiesen, daß Ährenthal das sich zuungunsten der Zentralmächte entwickelnde europäische Kräfteverhältnis richtig einschätzte und daß er die letzte Gelegenheit benutzte, um die Aktion durchzuführen, bevor noch der Zusammenhalt der neu begründeten Tripleentente ein so starker geworden war, daß jeder Vorstoß Österreich-Ungarns in der orientalischen Frage eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland nach sich ziehen mußte. In seinen Folgen hat aber unser Erfolg in der bosnischen Krise sehr nachteilig auf die allgemeine politische Lage gewirkt, vor allem hat er die Tripleentente befestigt. Die Annexionskrise war die erste einer Reihe von Kraftproben zwischen Dreibund und Tripleentente, die nicht zum geringsten Teile auf der in beiden Lagern vorherrschenden falschen Anschauung beruhten, daß es der einen oder anderen Mächtegruppe gelingen werde, durch konsequentes Handeln die gegnerische Koalition zu sprengen und einen der Teilhaber zu einer Verständigung zu zwingen. Ebenso wie Sir Edward Grey durch die Einkreisungspolitik Deutschland zu einem Nachgeben in der Flottenfrage zu bewegen hoffte, erblickte Ährenthal in der intransigenten und selbst eine kriegerische Auseinandersetzung nicht scheuenden Politik des mitteleuropäischen Blocks das Mittel, um Rußland zu überzeugen, daß es seine Ziele mit Hilfe der Westmächte nicht erreichen könne und sich mit Österreich-Ungarn und Deutschland verständigen müsse. Bei den hohen staatsmännischen Eigenschaften Ährenthals ist es schwer zu glauben, daß er dieser Politik des Biegens oder Brechens treu geblieben und nicht eine andere Lösung für die wachsende Anspannung der europäischen Situation

gefunden hätte. Kein Staatsmann, der in der aktiven Politik steht und durch dringende Tagesfragen außer- und innerpolitischer Natur überbürdet ist, kann sich von der ihn umgebenden Atmosphäre ganz freimachen. Ährenthal war Realpolitiker, für ihn mußte sich als einzige „Forderung des Tages" das Postulat ergeben, ungeachtet momentaner Verstimmungen der Gegner hart zu bleiben und zu handeln. Daß diese Politik auf die Dauer ohne Krieg durchführbar gewesen wäre, bezweifle ich, jedenfalls erkannte Ährenthal am Ende seines Lebens die ganze Gefahr des deutsch-englischen Gegensatzes und rechnete mit der Wahrscheinlichkeit eines Krieges, in dem auch die orientalische Frage „an den Vogesen" entschieden werden würde.

Fast mehr als auf die Beziehungen Rußlands zu Österreich-Ungarn wirkte die bosnische Krise auf das deutsch-russische Verhältnis ein. In Petersburg war man nur zu sehr geneigt, den Erfolg der österreichischen Aktion auf die uns in Berlin gewährte weitgehende diplomatische Unterstützung zurückzuführen. Dieser ungünstige Eindruck wurde noch besonders durch die übereilte Intervention der deutschen Regierung verstärkt, durch welche Rußland im Frühjahr des Jahres 1909 zur bedingungslosen Anerkennung der erfolgten Annexion gezwungen wurde. Der damals unternommene Schritt der deutschen Regierung wurde als Herausforderung aufgefaßt; er war insofern nicht gerechtfertigt, als die Krise auch ohne diese Intervention auf friedlichem Wege hätte gelöst werden können. Die von der italienischen Regierung in Vorschlag gebrachte internationale Konferenz, auf welcher die Tatsache der Annexion einfach registriert und von den Signatarmächten des Berliner Vertrages anerkannt worden wäre, hatte bereits die prin-

zipielle Zustimmung des Grafen Ährenthal gefunden. Durch eine solche Konferenz wäre das Problem in formeller Hinsicht wohl auf eine für Rußlands Selbstgefühl weniger verletzende Weise zu lösen gewesen als durch das direkte Dazwischentreten Deutschlands, vor allem aber hätte die deutsche Regierung noch die Möglichkeit gehabt, zu einem späteren Zeitpunkt vermittelnd aufzutreten, wenn sie es vermieden hätte, sich, ohne daß ein zwingender Anlaß vorlag, schützend vor Österreich-Ungarn zu stellen und Rußland durch eine peremptorische Sommation zum Nachgeben zu zwingen. Ich habe stets den Eindruck gehabt, daß diese Intervention ein Fehler war, auch aber, daß sie in ihrer Wirkung ganz anders ausfiel, als dies damals in Berlin beabsichtigt wurde. Man hatte geglaubt, der russischen Regierung durch die Betonung der Solidarität Deutschlands mit Österreich-Ungarn den Rückzug aus einer ohnedies verlorenen Situation erleichtern zu können, die Demarche sollte in durchaus freundschaftlicher Weise erfolgen, tatsächlich aber wirkte sie in Petersburg wie ein Ultimatum, und Herr Iswolski hat es in sehr geschickter Weise verstanden, ihre Tragweite zu übertreiben und sie der öffentlichen Meinung gegenüber als Vergewaltigung Rußlands zu deuten. Hatte man aber vielleicht in Berlin gehofft, die von Iswolski und seinem panslawistischen Anhang inaugurierte Politik hierdurch zu Fall zu bringen, so erreichte man das Gegenteil, denn der Einfluß der Panslawisten wurde von diesem Zeitpunkt an auch am russischen Hofe ausschlaggebend, und obwohl Iswolski selbst bald darauf die Leitung des Außenministeriums aufgab und als Botschafter nach Paris versetzt wurde, so wurde Rußland doch endgültig auf die von ihm angestrebte außenpolitische Orientierung festgelegt.

Möglicherweise war es die Erkenntnis des hier begangenen Fehlers, welche den Nachfolger des Fürsten Bülow, Herrn von Bethmann Hollweg, dazu bewogen hat, den Versuch zu machen, das gestörte Verhältnis zu Rußland wieder einzurichten und hierbei die starke taktische Position zu räumen, welche der diplomatische Erfolg der Jahre 1908—1909 den Mittelmächten gesichert hatte. Anläßlich eines Besuches Herrn Sazonoffs in Berlin kam es im Jahre 1910 zu den sogenannten Potsdamer Vereinbarungen, durch welche Rußland die Sicherheit erhielt, daß die orientalische Frage von den Zentralmächten nicht aufgerollt werden würde. Die russische Regierung gewann auf diese Weise ohne eine Gegenleistung Ellbogenfreiheit, um die Armee wieder schlagkräftig zu machen und den Umschwung am Balkan zu dem den russischen Interessen genehmen Zeitpunkte vorzubereiten. Ährenthal verfolgte diese Wendung der deutschen Politik mit großer Sorge, er erkannte sehr klar, daß hierdurch die Unternehmungslust der russischen Panslawisten nur gestärkt werden könne. Der Versuch, Rußland durch Konzessionen von der Ententepolitik abzuwenden und wieder für eine Annäherung an Deutschland zu gewinnen, kam zu spät, dafür waren die dem russischen Imperialismus in der Tripleentente gebotenen Perspektiven zu verlockend.

Hatte man in Deutschland gehofft, das Gefüge der Entente durch die Potsdamer Vereinbarungen zu lockern, so vertraute man in Petersburg nach der Rückkehr Herrn Sazonoffs aus Berlin darauf, daß eine Entfremdung zwischen den beiden Zentralmächten durch das Abschwenken der Wilhelmstraße von der Ährenthalischen Politik eintreten und Österreich-Ungarn am Balkan isoliert bleiben würde. Dies ist auch bis zu einem

gewissen Grade geschehen, denn nach der Potsdamer Zusammenkunft hat das Auswärtige Amt die diplomatische Tätigkeit Österreich-Ungarns am Balkan nicht mehr voll indossiert, es ergaben sich Divergenzen in dem Vorgehen der beiden Kabinette, welche das Spiel unserer Gegner förderten. An sich mag das Bestreben der deutschen Regierung berechtigt gewesen sein, sich wegen österreichisch-ungarischer Balkaninteressen nicht in einen Konflikt mit Rußland hineinziehen zu lassen und wieder die „à cheval"-Stellung zu gewinnen, welche Fürst Bismarck eingenommen hatte, um das Gewicht des Deutschen Reiches nach beiden Richtungen hin als Friedensfaktor einsetzen zu können. Der Politik des „ehrlichen Maklers" war aber die Grundlage entzogen, sobald England mit Deutschland verfeindet war, Rußland aber sich mit England verständigt hatte und auf englische Unterstützung rechnen konnte. Jeder Versuch, die Vermittlerrolle wieder zu übernehmen, war bei der durch die anglo-russische Freundschaft geschaffenen Situation nicht nur aussichtslos, er mußte vielmehr schädlich wirken.

Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu England. Die Ischler Besprechungen.

Es wird immer eine offene Frage bleiben, ob nicht eine weniger ausschließlich auf das Bündnis mit Deutschland eingestellte Politik Österreich-Ungarns größere Chancen gehabt hätte, die scharfe Scheidung der beiden Mächtegruppen abzuschwächen und so eine Entspannung in der europäischen Situation herbeizuführen. Wenn wir den englischen Staatsmännern hinsichtlich der Grenzen unserer Unterstützung der deutschen Politik ähnliche Zusicherungen gemacht hätten wie sie Herr Sazonoff in Potsdam bezüglich des Balkans erhielt, so wäre es dem Wiener Kabinett in der Folge vielleicht möglich geworden, eine vermittelnde Rolle zwischen Deutschland und

England einzunehmen. Ein solches Abrücken unsererseits von Deutschland hätte nicht dieselben Gefahrenmomente für den Weltfrieden in sich geborgen, wie es die deutsch-russischen Verabredungen taten. Durch diese wurden die aggressiven Pläne Rußlands gefördert, wogegen eine österreichisch-ungarische Annäherung an England die Stellung der am wenigsten kriegslustigen Macht in der Entente gestärkt und möglicherweise in der weiteren Folge einen Ausgleich zwischen Deutschland und England in der Flottenfrage angebahnt hätte. Gegen eine solche Politik sprachen allerdings, zu dem Zeitpunkte, wo sie noch möglich gewesen wäre, sehr ernste Bedenken. Graf Ahrenthal war sich der Notwendigkeit bewußt, der österreichisch-ungarischen Politik auch Deutschland gegenüber einen gewissen Grad von Unabhängigkeit zu bewahren, während der bosnischen Krise arbeitete er vielfach im Einvernehmen mit Frankreich, immer aber nur innerhalb des Rahmens, der ihm durch den Bündnisvertrag mit Deutschland gestellt war. An ein Abschwenken von Deutschland hat er nie gedacht und konnte er auch nicht denken. Neben der Notwendigkeit für jeden österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren, auf die Sympathien der Deutschen in Österreich und der Ungarn für das Deutsche Reich Rücksicht zu nehmen, mußte er sich bei der damaligen internationalen Lage die Möglichkeit vor Augen halten, daß eine zu weit gehende Annäherung der Monarchie an England und Frankreich in Petersburg dazu benutzt werden konnte, um sich auf Kosten Österreich-Ungarns mit Deutschland wieder zu einigen. Italien wäre für eine solche neue Mächtegruppierung zu haben gewesen. Das Vertrauen auf die Unbezwingbarkeit der deutschen Armee, welches damals ein allgemeines war,

spielte in Ährenthals Berechnung eine große Rolle. (Darum hat er im Jahre 1907 die anläßlich eines Besuches König Eduards in Ischl von Lord Hardinge in sehr vorsichtiger Weise vorgebrachte Anregung, Österreich-Ungarn möge auf Deutschland in der Flottenfrage einwirken, abgelehnt. So sehr dieser Refus unter den gegebenen Umständen berechtigt erscheinen mochte, so hatte er doch den Nachteil, daß man in England jede weitere Hoffnung, durch uns mit Deutschland verhandeln zu können, aufgab, an unserer Bewegungsfreiheit zweifelte und Österreich-Ungarn nur mehr als gebundenes Element in dem von Deutschland beherrschten mitteleuropäischen Block behandelte. Von da an ist vermutlich die Schwenkung in der Haltung Englands der Monarchie gegenüber, wie sie kurz darauf in der Frage der Sandschakbahn in Erscheinung trat, in Downingstreet beschlossen worden. Man trat für russische Interessen am Balkan ein, förderte die serbische Irredenta und die slawische Bewegung in Österreich, nicht weil man Österreich-Ungarn an sich zerstören wollte, sondern weil man hoffte, die deutsche Machtstellung hier am empfindlichsten treffen zu können.

Der deutsch-englische Gegensatz als treibender Faktor in den gegen den Bestand Österreich-Ungarns gerichteten Bestrebungen.

Der deutsch-englische Gegensatz ist in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges so sehr im Energiezentrum der europäischen Politik verankert gewesen, daß die in dem Kriege kulminierenden Ereignisse nur durch ihn zu erklären sind. Man hat Österreich und namentlich Ungarn wiederholt den Vorwurf gemacht, es habe den Konflikt mit Serbien und damit auch mit Rußland durch seine egoistische Nationalitäten- und Wirtschaftspolitik herausgefordert. Es sind gewiß in dieser Beziehung Fehler begangen worden, die komplizierten ethnographischen und sozialen Verhältnisse in der österreichisch-

Auswärtigen Amtes wurde die internationale Lage verschlechtert und der Weltfrieden gefährdet, ohne daß Deutschland selbst entsprechenden Nutzen aus der Aktion gezogen hätte. Die geringen Rechte, welche es sich noch in Marokko sichern konnte, wären auch wohl durch direkte Verhandlungen mit Frankreich, wie sie der Nachfolger Delcassés, Rouvier, vorgeschlagen hatte, erhältlich gewesen.

Die deutsche Politik nach der Entlassung Bismarcks

Im Marokko-Abenteuer spiegelt sich eine Politik wieder, welche, der Bismarckischen Tradition zuwiderlaufend, sich allzusehr in den Dienst des Handels und der Großbanken gestellt hatte. Die neue deutsche Großmacht, welche Bismarcks Staatskunst geschaffen hatte, mußte von allem Anfang an mit der Eifersucht der Nachbarn rechnen. Bismarcks fortdauernde Sorge vor Koalitionen, „le cauchemar des coalitions“, war eine vollkommen berechtigte. Deutschland konnte nur geduldet werden, solange es in dem europäischen System eine funktionelle Friedensmission besser erfüllte als irgendeine andere Großmacht, solange es der Versuchung widerstand, in englische oder russische Interessensphären hinüberzugreifen. Wenn es dieser kontinentalen Mission treu blieb, durfte es wenigstens auf die Unterstützung Englands rechnen. Fürst Bismarck war ein Landjunker, der den in drei Kriegen erworbenen deutschen Besitzstand mit bäuerlicher Zähigkeit und Liebe pflegte und die deutsche Macht nur mehr als Gleichgewichts- und Friedensfaktor in der internationalen Politik einsetzen wollte. In der Wilhelminischen Ära verlor die deutsche Politik diesen bodenständigen Charakter, sie wurde in den Dienst kapitalistischer Interessen gestellt und erzielte zwar manche Augenblickserfolge, büßte aber ihre Beständigkeit ein, weil ihre Endziele nicht immer

mit Lebens-Interessen des deutschen Volkes zusammenfielen. Wegen marokkanischer Bergwerke oder chinesischer Eisenbahnkonzessionen konnte kein verantwortlicher deutscher Staatsmann einen europäischen Krieg entfesseln, es mußten daher Situationen eintreten, wo ein Rückzug die einzige Lösung bot. Die abwechselnd aggressive und nachgiebige deutsche Politik wirkte dem Auslande gegenüber als unstetes Element, das bald die Angst vor einem Weltkriege, bald wieder ein allzugroßes Sicherheitsgefühl gegenüber den deutschen Drohungen herausforderte. Sie verletzte, ohne Respekt einflößen zu können, erschütterte das Vertrauen der Freunde im Auslande und bot andererseits den aktiveren Feinden durch ihre Schwankungen das Argument, man könne gegen Deutschland unternehmen, was man wolle, zum Kriege werde es doch nie kommen, dazu würde sich Kaiser Wilhelm nie entschließen. Die Marokkokrise hat besonders in England die noch vorhandenen Freundschaftsgefühle für Deutschland stark erschüttert, die deutsche Partei verlor dort an Bedeutung, und man schenkte immer mehr jenen Stimmen Gehör, welche in der aufstrebenden deutschen Weltkonkurrenz die größte Gefahr für den Frieden erblickten und der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die deutsche Begehrlichkeit, die sich gegen Englands Weltstellung richte, nur durch eine mächtige Koalition in Schach gehalten werden könne. Selbst in eingeweihten Kreisen fühlte man sich vor einem deutschen Angriff nicht sicher und begann man mit der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung zu rechnen. Man wünschte den Krieg in England gewiß nicht; der beatus possidens hat keinen Grund zu den Waffen zu greifen, solange er sich in seinem Besitzstand sicher fühlt. Sir Edward Grey war nicht

der Mann, einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, er betrieb die Einkreisungspolitik, um den Frieden zu erhalten und um Deutschland zu einem Ausgleich in der Flottenfrage zu zwingen. Und doch führte seine Politik zuletzt zum Weltkriege, denn um die Koalition lebenskräftig zu erhalten, mußte er sich in Frankreich und Rußland die Unterstützung jener Kreise sichern, welche die Tripleentente zur Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Pläne benutzen wollten. Der Fehler der englischen Politik lag darin, daß die liberalen Minister glaubten, durch die Tripleentente dieselben Bürgschaften für die Erhaltung des europäischen Friedens schaffen zu können, welche Disraeli und Salisbury durch ihre Unterstützung der konservativen Politik Bismarcks erreicht hatten. Darin lag eine große Täuschung: Greys Politik führte, ohne daß er es wollte, zum Weltkrieg, und die verspätete Erkenntnis dieses Fehlers mag viel zu der Erbitterung beigetragen haben, mit der die englische Regierung die deutsche Unterstützung unserer Aktion gegen Serbien aufgenommen hat.

Die Tripleentente und die Annexionskrise.

Durch das im Jahre 1907 abgeschlossene Revaler Abkommen wurde die von Herrn Iswolski angestrebte Verständigung Rußlands mit England erzielt und damit die Tripleentente begründet. Ein Jahr darauf mußte diese neue Koalition in der Annexionskrise die erste Feuerprobe bestehen. Graf Ährenthals kraftvoller und bedachter Politik gelang es damals, den in dem Dreiverbande vertretenen Mächten eine diplomatische Niederlage zu bereiten, sein festes Auftreten gegenüber den von England mit Nachdruck unterstützten serbischen und russischen Prätentionen brachte ihm einen vollen, wenn auch nicht dauernden Erfolg. Die Lösung der bosnischen Frage war für Österreich-Ungarn nach dem Ausbruch der jung-

türkischen Revolution eine Notwendigkeit geworden, und die späteren Ereignisse haben bewiesen, daß Ährenthal das sich zuungunsten der Zentralmächte entwickelnde europäische Kräfteverhältnis richtig einschätzte und daß er die letzte Gelegenheit benutzte, um die Aktion durchzuführen, bevor noch der Zusammenhalt der neu begründeten Tripleentente ein so starker geworden war, daß jeder Vorstoß Österreich-Ungarns in der orientalischen Frage eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland nach sich ziehen mußte. In seinen Folgen hat aber unser Erfolg in der bosnischen Krise sehr nachteilig auf die allgemeine politische Lage gewirkt, vor allem hat er die Tripleentente befestigt. Die Annexionskrise war die erste einer Reihe von Kraftproben zwischen Dreibund und Tripleentente, die nicht zum geringsten Teile auf der in beiden Lagern vorherrschenden falschen Anschauung beruhten, daß es der einen oder anderen Mächtegruppe gelingen werde, durch konsequentes Handeln die gegnerische Koalition zu sprengen und einen der Teilhaber zu einer Verständigung zu zwingen. Ebenso wie Sir Edward Grey durch die Einkreisungspolitik Deutschland zu einem Nachgeben in der Flottenfrage zu bewegen hoffte, erblickte Ährenthal in der intransigenten und selbst eine kriegerische Auseinandersetzung nicht scheuenden Politik des mitteleuropäischen Blocks das Mittel, um Rußland zu überzeugen, daß es seine Ziele mit Hilfe der Westmächte nicht erreichen könne und sich mit Österreich-Ungarn und Deutschland verständigen müsse. Bei den hohen staatsmännischen Eigenschaften Ährenthals ist es schwer zu glauben, daß er dieser Politik des Biegens oder Brechens treu geblieben und nicht eine andere Lösung für die wachsende Anspannung der europäischen Situation

Österreichisch-ungarische Politik im Balkankriege.

Berchtolds Politik war eine defensive und entbehrte a priori jeder aggressiven Tendenz. Der Balkan galt uns als wirtschaftliches und nicht als politisches Expansionsgebiet, die natürlichen ethnographischen und kulturellen Grenzen der Monarchie waren schon durch die Angliederung Bosniens und der Herzegovina bis zu einem gewissen Grade überschritten worden. Wir hatten weder den Wunsch noch die Assimilationskraft, weitere Gebiete im nahen Orient zu erwerben, und konnten die Balkanstaaten gewähren lassen, solange sie durch ihr Vorgehen die Sicherheit unseres Besitzstandes nicht gefährdeten. Bei Ausbruch des Balkankrieges wurde unsere diplomatische Aktion durch zwei Postulate bestimmt: die Stabilisierung eines uns feindlich gegenüberstehenden Balkanblocks mußte hintangehalten werden, und Serbien durfte im Kriege keinen so weitgehenden Machtzuwachs erhalten, daß es als südslawisches Piemont die großserbische Propaganda mit größeren Aussichten auf Erfolg fortsetzen konnte. Graf Berchtold hat einige Wochen nach Kriegsausbruch in der Delegation erklärt, daß Österreich-Ungarn bereit sei, jede Gebietsveränderung am Balkan anzuerkennen, durch welche unsere spezifischen (defensiven) Interessen keine Einbuße erlitten. In ihren hauptsächlichsten Richtlinien entsprach seine Politik den österreichisch-ungarischen Interessen vollkommen; wenn sie nicht zum vollen Erfolge führte, so war dies in erster Linie Umständen zuzuschreiben, die außer seinem Machtbereich lagen. Andererseits haben wir bei der Durchführung der Aktion nicht immer mit der nötigen Konsequenz gehandelt. Man konnte uns vielfach vorwerfen, in einzelnen Fällen viel Lärm um nichts geschlagen zu haben und dann zurückgewichen zu sein. Von dem Gedanken ausgehend,

daß die Erhaltung des Bestehenden im obersten Interesse der Monarchie gelegen sei, haben wir es unterlassen, gleich bei Ausbruch des Krieges ein bestimmtes, klar definiertes territoriales Programm für den Balkan aufzustellen und dasselbe den Großmächten mitzuteilen. Als wir nach mehreren Wochen angesichts der Waffenerfolge der Balkanstaaten das albanesische Projekt lanzierten, war dasselbe auch nicht, was die Grenzen Albaniens betraf, genau umschrieben. Wir mußten später auf der Londoner Konferenz über diese Grenzen verhandeln und sie wurden dann durch die Tripleentente unter russischer Pression in einer Weise zugeschnitten, welche die Lebensfähigkeit des neuen Landes von vornherein in Frage stellte. Dabei hatte unsere Presse durch ihre gereizte Sprache die öffentliche Meinung des Auslandes beunruhigt und die Welt wegen einiger für das zu schaffende Staatengebilde unentbehrlicher, der großen Allgemeinheit aber unbekannter albanesischer Marktflecken vor die Eventualität eines europäischen Krieges gestellt. All dies hätte vielleicht vermieden werden können, wenn wir unsere schwerwiegenden Interessen an der Aufteilung der Balkanhalbinsel gleich bei Kriegsausbruch geltend gemacht hätten. So paradox es auch klingen mag, die öffentliche Meinung Europas hätte damals größeres Verständnis für unsere Wünsche gezeigt, wenn wir von Anfang an mehr verlangt hätten. In England und Frankreich glaubte man noch an unsere Absichten auf Saloniki, die am Ballplatze nie bestanden haben; um den Frieden zu erhalten, wäre man zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen. Als wir aber nichts verlangten, begriff man unsere Aufregung wegen einiger albanesischer Dörfer nicht. Wir wurden mit dem Hunde verglichen, der sein Futter selbst

nicht fressen aber keinen anderen Hund zum Troge zulassen will. Durch weitgehende Forderungen hätten wir nicht nur das Gleichgewicht zwischen dem zur Verwirklichung unserer Ziele in Bewegung gesetzten publizistischen und diplomatischen Apparat und ihrer tatsächlichen Bedeutung hergestellt, wir hätten damit auch auf der Londoner Botschafterkonferenz eine größere Marge für Konzessionen an Rußland in der Hand gehabt, wogegen wir tatsächlich in London am ersten Verhandlungstage ein an sich schon unzulängliches Minimalprogramm für die Grenzen Albaniens vorbrachten und dann noch im Laufe der Verhandlungen auf die Hälfte verzichten mußten.

Der hier relevierte Fehler ist die Folge einer seit Jahrzehnten befolgten passiven und auf die Erhaltung des Bestehenden bedachten Balkanpolitik gewesen. Die Frage, auf welche Weise der Balkan unter die Balkanvölker aufgeteilt werden könnte, ist am Ballplatz niemals aktuell gewesen, weil das ganze Bestreben der maßgebenden Faktoren auf die Erhaltung der Türkei gerichtet war.

Unterstützung der serbischen Ansprüche durch die rumänische Regierung.

Der Bukarester Friede, der in Berlin gebilligt wurde und gegen den wir deshalb nur platonisch auftreten konnten, hat Serbien einen unsere Lebensinteressen gefährdenden Machtzuwachs gebracht. Er hat außerdem eine nationale Interessengemeinschaft zwischen Serbien und Rumänien hergestellt, die in der Folge zum Abschwenken Rumäniens in das uns feindliche Lager führte. Der rumänische Minister des Äußeren Herr Majorescu hat mir noch kurz vor dem Abschlusse des Bukarester Friedens gesagt, Serbien dürfe auch im Interesse der rumänischen Politik nicht zu mächtig werden, denn wenn der großserbische Gedanke damit größere Aussicht auf Ver-

wirklichung seiner Ziele gewinne, werde die rumänische Regierung den Irredentismus der Rumänen Ungarn gegenüber nicht mehr im Zaume halten können. Herr Majorescu hat die Konsequenzen aus dieser ganz richtigen Erwägung nicht gezogen; im Gegenteil, die rumänische Regierung hat bei Abschluß des Bukarester Friedens unsere Interessen in der serbischen Frage nicht berücksichtigt und nur an die größtmögliche Schwächung Bulgariens gedacht. Die Versuchung, das Zunächstliegende zu erreichen und sich vor allem, ohne Rücksicht auf Österreich-Ungarn und die europäische Politik, gegen den bulgarischen Nachbarn zu sichern, war für die rumänischen Staatsmänner eine zu große.

Unser Bundesverhältnis zu Rumänien.

Unser Bundesverhältnis zu Rumänien war nicht auf Dauer versprechenden Unterlagen aufgebaut, es entsprang dem gemeinsamen Interesse beider Teilhaber, den status quo am Balkan aufrechtzuerhalten und die russische Expansion gegen Süden zu verhindern. Im Herzen schwärmte jeder Rumäne für die Vereinigung mit den Stammesgenossen in Ungarn. Die korrekte und zum Teil auch wirklich bundestreue Haltung einiger Politiker beruhte auf der bewußten und gewollten Unterdrückung natürlicher Sympathien. Das Bündnis war ein Friedensbündnis par excellence, es entsprang der eigensten Initiative König Karls, der dessen politische Vorteile für Rumänien würdigte und persönlich als deutscher Fürst den Bund mit den Zentralmächten hoch einschätzte, wenn er auch als erfahrener Politiker wissen mochte, daß die Interessen seines Landes nicht immer mit seinen Bundesverpflichtungen übereinstimmen konnten. Der König hatte im Anfang seiner Regierung die schwere Hand Rußlands zu fühlen bekommen,

er wollte Rumänien vor weiteren Demütigungen durch den nördlichen Nachbar bewahren und erblickte in der orientalischen Politik der Zentralmächte eine Garantie für die ruhige Fortentwicklung seines Landes, solange diese Politik eine konservative blieb und Veränderungen am Balkan entgegenarbeitete. Er legte auch Wert darauf, dem Königreiche durch die Anlehnung an Deutschland und Österreich-Ungarn einen europäischen Charakter aufzuprägen, und hörte es gern, wenn man von Rumänien als etwas Besonderem, nicht zum Balkan Gehörigen sprach. Die in richtiger Erkenntnis der einer Änderung zustrebenden Situation am Balkan vom Grafen Ährenthal angebahnte Annäherung unserer Politik an Bulgarien erfüllte den König mit großem Mißtrauen. Das kunstvolle System seiner auswärtigen Politik, welches er durch den Anschluß an die Zentralmächte aufgebaut hatte, mußte eben zusammenbrechen, sobald die orientalische Frage aufgerollt und die Aufteilung der europäischen Türkei aktuell wurde.

Folgen des Bukarester Friedens. Gefahr der Abschwenkung Rumäniens. Bestrebungen des Grafen Berchtold, Bulgarien zu gewinnen. Neue Balkanbundpläne Rußlands.

König Karl hatte noch bis zum Ende seines Lebens alles getan, um den Bruch zu vermeiden; er wußte aber in den letzten Jahren, daß unsere Wege sich früher oder später trennen würden und daß er den von ihm übernommenen Bündnisverpflichtungen nicht unter allen Umständen treu bleiben könne. In Berlin hat man sehr lange mit dem großen persönlichen Einfluß des Königs auf die auswärtige Politik seines Landes gerechnet und unbedingt auf seine Bundestreue vertraut. Zwischen Deutschland und Rumänien gab es auch nach dem Bukarester Frieden keine Meinungsverschiedenheiten; erst die aus diesem Friedensschluß hervorgegangene Lage am Balkan hat den deutschen Staatsmännern zwei Jahre später die Augen dar-

über geöffnet, daß Rumänien in das Lager der Tripleentente hinübergleite. In Wien hat man diese Entwicklung schon früher vorausgesehen, man rechnete seit längerer Zeit damit, daß der rumänische Vertrag im Ernstfalle nicht aufrechtzuerhalten sein werde. Um so wichtiger mußte es dem Grafen Berchtold erscheinen, die Beziehungen zu Bulgarien auszugestalten. Bulgarien hatte im Balkankriege das meiste geleistet und den geringsten Nutzen aus dem Feldzuge gezogen, es war durch Rumänien zu einem schmachvollen Frieden gezwungen worden und konnte nur hoffen, das Verlorene wiederzugewinnen, wenn es an uns eine Stütze fand und darauf bauen konnte, daß Österreich-Ungarn die Aufteilung des Balkans, wie sie im Bukarester Frieden vorgesehen war, nicht als definitiv betrachten werde. Erwies sich diese Hoffnung als trügerisch, so blieb nur mehr die eine Möglichkeit, die russophile Orientierung wieder aufzunehmen, sich mit den gegebenen Verhältnissen vorläufig abzufinden und den Ermahnungen der russischen Diplomatie Gehör zu schenken, welch letztere gleich nach dem Bukarester Frieden ihre Bemühungen wieder aufnahm, einen neuen Balkanbund mit Einschluß Rumäniens ins Leben zu rufen. Der Zweck dieses Bundes konnte nur der Angriff auf Österreich-Ungarn sein, die Bulgaren sollten Serbien und Rumänien einen Gebietszuwachs auf unsere Kosten erkämpfen und dafür in Mazedonien entschädigt werden. Daß die bulgarische Regierung bis zum Weltkriege auf diese Verlockung nicht eingegangen ist, muß als Verdienst unserer Diplomatie und namentlich unseres damaligen Vertreters in Sofia, des Grafen Adam Tarnowski, bezeichnet werden. Die russischen Balkanbundbestrebungen und die un-

sichere Lage Bulgariens bildeten aber für uns in den zwei Jahren nach dem Balkankriege eine ständige Sorge, und Rücksichten auf Bulgarien haben nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß wir nach der Mordtat von Serajewo eine kriegerische Aktion gegen Serbien ins Auge fassen mußten. Hätten wir damals den Frieden bewahrt, so wäre Bulgarien für uns verloren gewesen, man hätte in Sofia an unserer Bündnisfähigkeit verzweifelt und wäre in das russische Lager übergegangen. Der neue Balkanbund wäre für uns der Vorläufer zu einem Kriege mit Rußland gewesen und wir hätten denselben unter weit ungünstigeren Verhältnissen als den von uns verlorenen führen müssen. Nach menschlicher Voraussicht wäre dann unser Zusammenbruch viel früher eingetreten.

Unsere Beziehungen zu Serbien bis zur Katastrophe von Serajewo.

Die Ermordung König Alexanders. Passivität des Grafen Goluchowski.

Die Spannung in unserem Verhältnisse zu Serbien datierte von der Ermordung König Alexanders Obrenovic und dem Regierungsantritt König Peters Karageorgevic. Es war der österreichisch-ungarischen Diplomatie in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts gelungen, freundschaftliche Beziehungen zu Serbien anzubahnen und die großserbische Bewegung jenseits der Save in erträgliche Grenzen einzudämmen. König Milan war nie russophil, und sein Sohn Alexander wurde es auch erst, als ihn seine Heirat mit Draga Maschin dazu zwang, im Lande durch Anlehnung an die radikale Partei Popularität zu suchen. In Petersburg hatte man Serbien seit dem Reichsstädter Abkommen mehr oder weniger als österreichisch-ungarische Interessensphäre betrachtet. Außerdem trug unsere Entente mit Rußland in den 90er Jahren viel dazu bei, die Gegensätze in der Balkanpolitik vorübergehend abzuschwächen und in ihrer Rückwirkung auf Serbien weniger empfindlich zu machen. Rußland hätte nach der Ermordung König Alexanders einer österreichisch-ungarischen Strafexpedition gegen Serbien keinen Widerstand entgegengesetzt und uns auch die dauernde Besetzung Belgrads gegen anderweitige Konzessionen gestattet. Es ist damals von verschiedenen Seiten gegen den Grafen Goluchowski der Vorwurf

erhoben worden, er habe eine nie wiederkehrende Gelegenheit versäumt. Der Grund seiner Untätigkeit lag meiner Ansicht nach hauptsächlich in unserer traditionellen Scheu vor jedem politischen Abenteuer. Die Überzeugung, daß Österreich-Ungarn saturiert sei und an keinen Gebietserwerb im Südosten denken könne, war, trotz der weitverbreiteten Legende unserer Absichten auf Salonik, in maßgebenden Kreisen eine so allgemeine, daß einer Expedition zur Bestrafung der Königsmörder jede realpolitische Unterlage gefehlt hätte und sie als Don Quichoterie betrachtet worden wäre. Die Dynastie Obrenovic hätte durch österreichisch-ungarische Bajonette gerächt und das montenegrinische Fürstengeschlecht etwa an ihre Stelle gesetzt werden können, ob aber eine solche Intervention unsererseits dauernde Zustände geschaffen hätte, ist sehr fraglich. Die nationalistische Bewegung war hierfür zu stark, besonders in der serbischen Armee. Eine radikale Lösung wäre durch die Annexion Serbiens möglich gewesen, diese entsprach aber keineswegs den Intentionen des Wiener Kabinetts, und es ist auch fraglich, ob Rußland in seinem Entgegenkommen so weit gegangen wäre, uns die vollständige Vernichtung der Selbständigkeit Serbiens zu gestatten. Unsere Bewegungsfreiheit war stets durch Rücksichten auf russische und italienische Empfindlichkeiten beschränkt. Dazu kam noch der Widerstand der ungarischen Regierung gegen jeden Erwerb neuer, von Slaven bewohnter Gebiete. Serbien hätte sich auf die Dauer ohne eine föderalistische oder wenigstens trialistische Umgestaltung der dualistischen Verfassung in den Rahmen der Monarchie nicht eingliedern lassen. Diese Beweggründe dürften den Grafen Goluchowski zu einer passiven Rolle gegenüber dem in Belgrad begangenen

Verbrechen veranlaßt haben. Die Einsicht aber, daß man der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse am Balkan im Sinne der nationalen Bestrebungen der Balkanvölker nicht für immer so schroff entgegenarbeiten könne, hat ihn vermutlich auch beeinflußt. Wir hatten durch Jahrzehnte status quo-Politik um jeden Preis zugunsten der Türkei betrieben, und alle Veränderungen, welche der Nationalismus auch am Balkan mit sich bringen mußte, waren uns widerwillig abgerungen worden Als einziges Axiom unserer Außenpolitik ließ sich diese konservative Weltanschauung auf die Dauer nicht aufrechterhalten, die Geschehnisse straften uns immer wieder Lügen. Die verantwortlichen Staatsmänner konnten nicht anders als darauf bedacht sein, allmählich den Übergang zur neuen Zeit zu finden und an Stelle der status quo-Politik etwas anderes zu setzen, ohne hierdurch die Grundlagen, auf welche die österreichisch-ungarische Monarchie aufgebaut war, zu erschüttern. Für einen Nationalitätenstaat mit dualistischer Staatsform, wie es Österreich-Ungarn war, mußte die Erhaltung des Bestehenden jenseits seiner Grenzen das Günstigste und seinen Interessen Entsprechendste sein. Sobald aber diese auf Metternichschen Traditionen beruhende Orientpolitik sich als unhaltbar erwies, blieb nichts anderes übrig, als sie durch etwas Neues zu ersetzen, die Rolle des Schutzmanns am Balkan aufzugeben und die wirtschaftlichen und politischen Vorteile auszunutzen, welche sich aus der neuen Lage der Dinge ergaben. Das Prinzip der Nichtintervention am Balkan, wie es sich in unserer Passivität gegenüber der Ermordung König Alexanders dokumentierte, ist später vom Grafen Ährenthal und mit noch größerem Nachdruck vom Grafen Berchtold während des

Balkankrieges in unser politisches Kredo aufgenommen worden. An sich muß diese Schwenkung als Versuch angesehen werden, die auswärtige Politik der Monarchie auf ein neues, der Evolution der Welt in nationalistischer Richtung Rechnung tragendes Geleise hinüberzuführen, ein Beginnen, das aber nur dann von Erfolg begleitet sein konnte, wenn auch in der inneren Politik Konzessionen an die neue Zeit gemacht und die heranwachsende Reife der slawischen Nationalitäten Österreich-Ungarns anerkannt wurde. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Ungarn war dies eine schwierige Aufgabe, sie ließ sich nur dann realisieren, wenn jede von außen kommende Irredenta unterdrückt und damit auch die Aspirationen unserer Nationalitäten in erfüllbaren Grenzen erhalten werden konnten. Ohne die dem Weltkriege zustrebende europäische Konstellation wäre dies vielleicht gelungen, nach Beendigung der bosnischen Krise schien es einen Augenblick, als würde das durch die Erfolge des Grafen Ährenthal gestärkte Vertrauen und Kraftbewußtsein die Monarchie verjüngen und sie in die Möglichkeit versetzen, die Treibereien ihrer Gegner von innen heraus zu überwinden; aber auch diese Hoffnung erwies sich in der Folge als eine trügerische.

Die Dynastie Karageorgevic. Richtlinien unserer Politik dem neuen Regime gegenüber.

Mit der Dynastie Karageorgevic ist in Belgrad eine Clique von Politikern zur Macht gelangt, die ihre Jugend in abenteuerlichen Verschwörungen verbracht hatten und die Regierung Serbiens mit der wenig verhüllten Absicht antraten, die großserbische Bewegung zum Angelpunkt ihrer Politik zu machen. Ich kann aus eigener Erfahrung bezeugen, daß unsere Diplomatie die Anfänge des neuen Regimes mit viel größerem Wohlwollen begleitete als beispielsweise England, das den diplo-

matischen Verkehr abgebrochen hatte und die neuen Männer in Belgrad als gemeine Verbrecher behandelte. Der Gedankengang, der die Haltung des Wiener Kabinetts Serbien gegenüber damals beeinflußte, war etwa folgender:

Österreich-Ungarn habe die Beziehungen zu Serbien durch mehrere Jahrzehnte vielfach im Widerspruch zu den Wünschen des serbischen Volkes auf dem persönlichen Verhältnis zur Dynastie beruhen lassen. Diese Politik sei unmöglich geworden, seitdem ein auf seine Popularität im Volke und besonders in der Armee angewiesener Herrscher in Belgrad regiere. Nachdem man auf eine Intervention gegen die Königsmörder verzichtet habe, gebe es nur mehr die eine unseren Interessen entsprechende Politik, einen Ausgleich mit der radikalen Partei in Serbien anzustreben und das Savekönigreich durch wirtschaftliche Zugeständnisse so sehr an uns zu binden, daß es kein Interesse mehr daran habe, politisch gegen uns zu agitieren. Diese Politik wurde vom damaligen österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, Dr. Konstantin Dumba, wärmstens befürwortet und auch in Wien gutgeheißen. Ihre erfolgreiche Durchführung scheiterte aber sehr bald an dem Widerstand der serbischen Staatsmänner, die auf ihre ehrgeizigen Pläne in keiner Weise verzichten wollten und, um politische Ellenbogenfreiheit zu gewinnen, auch in wirtschaftlicher Beziehung nur den einen Wunsch hatten, ihr Land von dem ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich-Ungarn zu emanzipieren. Auch unsererseits sind als Folge der ungarischen Agrarpolitik in wirtschaftlichen Fragen Fehler begangen worden, ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung darf aber nicht überschätzt werden, unsere Intransigenz erleichterte die antiöster-

reichische Politik des serbischen Ministerpräsidenten, sie hat dieselbe jedoch gewiß nicht verursacht.

Bruch unserer Entente mit Rußland. Beginn der serbischen Propaganda gegen uns. Englands Unterstützung derselben.

Solange unsere Entente mit Rußland und der hierdurch erreichte Verzicht der russischen Regierung auf eine aktive Balkanpolitik andauerte, konnten die immer offenkundiger auftretenden aggressiven Tendenzen der serbischen Außenpolitik für uns nur eine latente Gefahr bilden. Der rege Verkehr serbischer Politiker mit chauvinistischen Kreisen in England und Frankreich deutete allerdings schon damals die Entwicklungsmöglichkeiten an, die eine an sich für eine Großmacht ungefährliche, von einem militärisch fast belanglosen und politisch diskreditierten Nachbarn ausgehende Bewegung in sich barg. Auf unsere Südslawen wirkten die verworrenen Verhältnisse in Belgrad zu jenem Zeitpunkte noch abstoßend, und kein vernünftiger Serbe in Ungarn oder Bosnien nahm die großtuenden nationalen Phrasen der Machthaber in Belgrad ernst.

Die Situation änderte sich erst nach Ausbruch des durch das Sandschakbahn-Projekt heraufbeschworenen Konfliktes mit Rußland, der unsere Entente virtuell beendete. Rußland akzentuierte von da ab wieder die antiösterreichische Tendenz seiner traditionellen Balkanpolitik und wurde besonders in Belgrad von England in wirksamer Weise unterstützt. Während der Annexionskrise ist die Erregung über die Angliederung Bosniens an Österreich-Ungarn englischerseits in Serbien zum mindesten ebenso geschürt worden wie seitens der russischen Agenten. Von diesem Zeitpunkte an wurde die großserbische Bewegung als eine europäische, mit der Politik der Großmächte aufs engste verknüpfte Frage behandelt. Zwar hat dann die

friedliche Lösung der Annexionskrise wieder eine Entspannung der internationalen Lage herbeigeführt, und es fehlte in der Folge österreichisch-ungarischerseits, namentlich während der Amtszeit des Grafen Berchtold, der die Gefahren der Feindschaft Englands klar erkannte, nicht an Versuchen, neue Fäden zum Foreign-Office anzuknüpfen; die neue Richtung der englischen Politik war aber schon zu sehr eingewurzelt, und man war auch in London durch ganz andere Erwägungen gebunden, als daß eine Rückkehr zu der traditionellen austrophilen Orientpolitik, wie sie Disraeli und Salisbury geübt hatten, möglich gewesen wäre. Englands Haltung war für uns besonders deshalb gefährlich, weil sie Bestrebungen förderte, welche darauf ausgingen, das Netz, welches unsere außenpolitische Aktionsfreiheit hemmen sollte, noch enger zu ziehen. Solche Bestrebungen waren nicht nur in Petersburg und Belgrad, sondern vor allem auch in Rom vorhanden, unser italienischer Bundesgenosse war schon seit Jahren in konsequenter und sehr geschickter Weise an der Arbeit, uns am Balkan einzuschnüren, weil er eine Situation herbeizuführen hoffte, welche dem italienischen Volke die Realisierung seiner Aspirationen auf „unerlöstes“ österreichisches Gebiet ermöglichen sollte.

Italien.

Italienische Außenpolitik im XIX. Jahrhundert.

Die Memoiren Francesco Crispis enthalten ein von diesem im Jahre 1877 an den damaligen italienischen Minister des Äußeren Depretis gerichtetes vertrauliches Schreiben, in dem Crispi über eine ihm von König Victor Emanuel gewährte Audienz berichtet. Der König, so heißt es in diesem Schreiben, erhoffe nichts von einer Kombination infolge des Orientkrieges. Auch er glaube, daß der richtige Moment versäumt worden und dort kein Platz mehr für Italien sei. Trotzdem habe er Crispi empfohlen, das Möglichste zu tun, um noch mit einigem Nutzen eintreten zu können. Im weiteren Verlaufe des Schreibens sagt Crispi, der König fühle das Bedürfnis, seine Lebenstage noch mit einem Siege zu krönen, um dem italienischen Heere Kraft und Ansehen zu verleihen, die ihm beide vor der Welt noch fehlten. Crispi teilt diese Auffassung seines königlichen Herren, er schließt seinen Brief mit der Bemerkung, wenn Italien im Jahre 1866 in Venetien und auf der Adria siegreich gewesen wäre, so hätte das italienische Heer in Europa die Autorität, die ihm jetzt verlorengegangen sei, und das Wort Italien würde in Europa größere Autorität genießen.

Der Brief ist charakteristisch für die Mentalität des jungen Italien. Die durch diese gewonnene Einstellung der auswärtigen Politik gegenüber hatte eine Freiheit von Vorurteilen und moralischen Hemmungen zur Voraussetzung, welche nach außen

hin vielfach als Treulosigkeit wirken mußte. Ohne sie hätten die italienischen Staatsmänner sich nicht von dem Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich befreien können, das auf ihr junges Staatswesen lähmend wirkte und jede selbständige Entwicklung behinderte. Die Befreiung Italiens konnte keine vollständige sein, so lange es das Passivsaldo der französischen Kuratel zu tragen hatte. Für Italien bedeutete das Bündnis mit Preußen im Jahre 1866 den ersten glücklich verlaufenen Versuch, die italienische Politik auf eigene Füße zu stellen. Die katholische Politik Napoleons III. und auch der reaktionären französischen Republik der 70er Jahre hat den Italienern die Schwenkung erleichtert, welche ihr Land dann durch mehr als 50 Jahre an den mitteleuropäischen Friedensblock fesseln sollte. Fürst Bismarck hat es seinerseits verstanden, die in Italien durch die französische Mittelmeerpolitik hervorgerufenen Verstimmungen zu benutzen und so schon in den 70er Jahren den Boden für den Dreibund vorzubereiten, welch letzterer von Anfang an als Bündnis Italiens mit den beiden Zentralmächten unter besonderer Betonung des Verhältnisses zu Deutschland als des stärksten Partners gedacht war.

Betrachtet man die politischen Richtlinien der italienischen Außenpolitik, welche die letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts beherrschten, so treten vor allem zwei Leitmotive in den Vordergrund. Das eine entspringt dem Bestreben, Italien in Europa als Großmacht gebührende Geltung zu verschaffen, wogegen das zweite, mehr realpolitischer Natur, dem Irredentismus gegen Österreich Gevatter stand, weil die Alpengrenze Italiens eine strategisch ungünstige war und der Besitz Venetiens nicht gesichert schien, solange Österreich das Trentino beherrschte.

Die Prestigepolitik Italiens, wie sie aus dem ersten Postulate hervorging, brachte die italienischen Staatsmänner naturgemäß häufig in würdelose Situationen; wer im Leben überall dabei sein will, setzt sich Kränkungen aus. Im Grunde muß aber zugegeben werden, daß die konsequente Verfolgung des gesteckten Zieles gute Früchte getragen hat und daß es der italienischen Staatskunst trotz mancher Zurücksetzungen und Enttäuschungen bei kluger Ausnützung der jeweiligen Konjunktur gelungen ist, die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs in aufsteigender Linie sicherzustellen, ohne die Feindschaft eifersüchtiger Konkurrenten auf sich zu ziehen. Viel schwerer war es für Italien, die österreichische Grenzfrage zu lösen, zumal ja europäische Interessen den Anschluß des Königreichs an die Zentralmächte notwendig machten. Der Weg, der hierzu eingeschlagen wurde, wies viele Windungen auf, er führte Italien auf den Balkan, ließ die adriatische und albanesische Frage in den Vordergrund treten und hat so den Italienern in diesen Gebieten neue Perspektiven eröffnet, welche das Hauptziel zwar niemals ganz verschwinden ließen, wohl aber im Zusammenhange mit der europäischen Politik zeitweise das, was ursprünglich als taktisches Mittel aufgegriffen worden war, zum Selbstzweck machte.

Am klarsten geht der Grundgedanke der italienischen Absichten aus einer ebenfalls im genannten Memoirenwerke zitierten Unterredung Crispis mit Bismarck in Gastein vom Jahre 1877 hervor. Schon hier wird das Axiom ausgesprochen, das später aus dem Dreibund ein Werkzeug zur Einschnürung Österreich-Ungarns machen sollte, Österreich dürfe keinen neuen Gebietserwerb im Orient erhalten, ohne Italien Kompen-

sationen an der Alpengrenze zu gewähren. Es wäre verfehlt, wollte man die ganze Orient- und Albanienpolitik Italiens als einfachen Vorwand ansehen, um das Trentino zu erhalten. Diese Politik hat nicht nur vom Standpunkte des europäischen Ansehens Italiens ihre Rechtfertigung erhalten, sie hat auch aus sich selbst heraus neue Probleme geschaffen, neue Rivalitäten mit den Südslawen, mit Griechenland hervorgerufen; wie oben bemerkt, wurde das Mittel zum Zwecke, so daß Italien später auch hier vitale Interessen vertreten zu müssen glaubte. Männer wie Tittoni oder San Giuliano hätten sich kaum der Auffassung Crispis angeschlossen, der Bismarck in Gastein auf dessen Anerbieten, er möge sich Albanien nehmen, wenn Österreich Bosnien okkupiere, erklärte, Italien habe kein Interesse an Albanien.

Trotz alledem haben aber alle italienischen Staatsmänner bis zum Ausbruch des Weltkrieges in erster Linie an den Erwerb des Trentino gedacht, und für diesen Preis wären sie auch noch im Jahre 1914 bereit gewesen, einer Gebietserweiterung Österreich-Ungarns am Balkan zuzustimmen. Ob Italien gegen dieses damals kaum erfüllbare Opfer zur Einhaltung seiner Bündnisverpflichtungen und zu einer aktiven Teilnahme am Weltkriege auf seiten der Zentralmächte zu bewegen gewesen wäre, ist eine andere Frage. Die Kriegserklärung Englands hat dies meiner Ansicht nach a priori ausgeschlossen, wenigstens in den Anfangsstadien des Krieges, und nur ein entscheidender Erfolg der deutschen Waffen in Frankreich hätte in dieser Beziehung etwas ändern können.

Um die italienische Dreibundpolitik richtig deuten zu können, muß man sich die Entstehungsgeschichte des national- Der Dreibund.

geeinten Italiens vor Augen halten. Das italienische Königreich ist aus der Revolution hervorgegangen, sein Lebensprinzip ist der auf freimaurerisch-liberaler Grundlage fußende Kampf gegen die legitimen Rechte der Vergangenheit. Es kann seinen Ursprung nicht verleugnen, wenn auch jetzt Anzeichen dafür sprechen, daß die nationalliberale Ära der italienischen Bourgeoisie ihrem Ende naht. Solange das Deutsche Reich noch im Werden war, gab es viele Anknüpfungspunkte zwischen den beiden Mächten. Der Dreibund wurde zu einem Zeitpunkte abgeschlossen, wo die von Bismarck geschmiedete deutsche Masse noch kaum abgekühlt war. Erinnerungen an die in enger Verbindung mit Preußen durchkämpfte Vergangenheit waren im italienischen Volke noch wach, sie trugen dazu bei, das Bündnis mit dem Deutschen Reiche dem Lande sympathisch zu machen. Dagegen konnte die Verbindung mit Österreich italienischerseits stets nur als eine durch die Verhältnisse aufgezwungene politische Notwendigkeit, nie aber als eine Herzenssache aufgefaßt werden. Zwei Weltanschauungen standen sich hier schroff gegenüber. Unsere Monarchie war auf dem Legitimitätsprinzip, auf der Kontinuität einer im katholischen Glauben wurzelnden Entwicklung aufgebaut, die italienische hatte der von freimaurerischen Elementen im Kampfe gegen den Katholizismus durchgeführten Revolution ihr Dasein zu verdanken. Ein dauerversprechendes Bündnis war unter diesen Umständen unmöglich, die europäische Situation der 80er Jahre brachte es aber mit sich, daß Italien in den ersten Vertragsjahren seine Verpflichtungen zweifellos ernst nahm und dieselben erfüllt hätte, wenn es zum Kriege mit Rußland oder Frankreich gekommen wäre. England stand damals dem Dreibunde sehr nahe, es

war bereit, die Zentralmächte in einem Kriege gegen Rußland zu unterstützen. Die militärischen Verabredungen zwischen Rom und London waren so weit gediehen, daß ein Teil der italienischen Flotte, nämlich die Schiffe der Umbertoklasse, von der englischen Marine bemannt worden wären, weil man sie so besser ausnützen zu können glaubte.

Solange die deutsch-englischen Beziehungen sich günstig entwickelten und man in der Weltpolitik mit der Rivalität Englands zu Frankreich und Rußland rechnen mußte, gab es für Italien keine bessere Orientierung als den Anschluß an die Mittelmächte, den es aus eigener Initiative gesucht hat. Mit der Ergänzung der englischen Freundschaft bedeutete der Dreibund für Italien die Sicherstellung seiner Unabhängigkeit und territorialen Integrität, er eröffnete dem jungen Staatswesen eine angesehene Stimme im europäischen Konzerte und bot die Möglichkeit, die Alpengrenze durch eine gütliche Vereinbarung mit Österreich im Falle des Aufrollens des Balkanproblems zu verbessern. Aber das Bündnis verlor an Wert, je mehr England sich von der Politik des mitteleuropäischen Blocks abwendete; die Entwicklungslinie der italienischen Politik mußte der englischen folgen, und sobald die Tripleentente sich bildete, wurde der Dreibund für Italien nur mehr zum technischen Hilfsmittel für die Realisierung ganz bestimmter Ziele. Österreich-Ungarn hat die Folgen dieser durch die veränderte Konstellation aufgedrungenen Neuorientierung am stärksten zu fühlen bekommen, ohne Abhilfe schaffen zu können, denn die verschiedenen latenten Streitfragen zwischen den beiden benachbarten Monarchien mußten sofort akut werden, sobald man in Italien den Glauben an den Wert des

Bündnisvertrages verloren hatte und ihn nur mehr als vorläufigen Behelf am Leben erhielt.

Wenn die ersten Jahre des Dreibundvertrages den Höhepunkt des Bündnisgedankens darstellen, so war dies nicht zum geringsten Teil das Verdienst Francesco Crispis, der seinem ganzen Temperamente nach zum treibenden Faktor des Bündnisses wurde und dieses in Italien populär zu machen wußte. Crispi war ein geschworener Gegner Frankreichs, er fühlte sich nie vor einem französischen Angriff und vor einem Wiederaufleben der klerikalen Velleitäten des Pariser Kabinetts sicher. Zu Bismarck hegte er großes Vertrauen, und die achtungsvolle Berücksichtigung, welche seine Worte in Friedrichsruh fanden, mußte auch dazu beitragen, den ehrgeizigen und für gute Behandlung sehr empfänglichen italienischen Staatsmann dem deutschen Planetarsystem treu zu erhalten. Aber auch Crispi hätte diese Treue nur so lange bewahren können, als England dem Systeme nicht feindlich gegenüberstand. Er hat ebenso wie seine Nachfolger es später taten, wiederholt darauf hingewiesen, daß Italiens Außenpolitik von der Haltung Englands abhänge, weil die italienische Küste den Angriffen der englischen Flotte ausgesetzt sei. Der Dreibund wurde für Italien zu einer Gefahr, sobald die Möglichkeit vorlag, daß England sich der ihm gegenüberstehenden Gruppe anschließen könnte. Im deutsch-englischen Gegensatze, wie er sich nach der Entlassung Bismarcks entwickelte, liegt der hauptsächliche Grund für die Lockerung des Dreibundes und für die Schaukelpolitik, die die italienischen Staatsmänner später aufnahmen. Man kann diese Politik als eine treulose brandmarken, tatsächlich aber hätte Italien keinen Grund gehabt, der Orientierung Crispis untreu zu werden, wenn die

deutsche Flottenpolitik nicht alle Voraussetzungen des Bündnisses für Italien ins Wanken gebracht hätte.

Über die Entstehungsgeschichte des Dreibundvertrages ist die Öffentlichkeit durch die lehrreiche Arbeit des Wiener Historikers Professor Pribram unterrichtet worden, auch über die schweren Bedenken, welche den Grafen Kalnoky zu der größten Zurückhaltung den ersten italienischen Angeboten gegenüber veranlaßten. Italien selbst hatte die Initiative ergriffen, um zu einem Vertragsverhältnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu gelangen. Selbst Bismarck scheint anfangs gezögert und die Angelegenheit dilatorisch behandelt zu haben. Dies wohl nur aus taktischen Gründen. Er mußte in dem italienischen Anerbieten einen Erfolg seiner Politik erblicken und den Anschluß Italiens an sein System wünschen, aber er mag gewußt haben, daß Italien, um sich von der politischen Isolierung zu befreien, damals keinen anderen Ausweg hatte, als sich mit den Mittelmächten zu verbinden, und durfte daher nach außen hin eine zögernde Haltung einnehmen. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen konnten die italienischen Unterhändler nicht hoffen, viel zu erreichen, der erste Vertrag enthält generelle Bestimmungen, die der spezifisch italienischen Politik wenig Wertvolles brachten.

Entstehung des Dreibundes.

Die Situation änderte sich aber im Jahre 1887. Bei der damals erfolgten Erneuerung des Vertrages gelang es der italienischen Diplomatie, diesen durch den Abschluß eines Sonderabkommens mit Deutschland über Tripolis und mit Österreich-Ungarn über den Balkan gehaltvoller zu gestalten. Professor Pribram verweist mit Recht darauf, daß die internationale Lage die Bemühungen der italienischen Regierung zu diesem

Zeitpunkte begünstigte und den Fürsten Bismarck dazu veranlaßte, ihre Postulate in Wien zu unterstützen. Das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rußland war wegen der bulgarischen Frage ein gespanntes, die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses war nicht erfolgt und Bismarck legte daher dem italienischen Bündnisse weit größere Bedeutung bei, als dies anfangs der Fall gewesen war. Darum drängte er in Wien zur Erneuerung und Annahme der über den ersten Vertrag hinausgehenden italienischen Prätensionen. Im Sonderabkommen, das Italien mit Österreich über die Balkanfragen abschloß und das später in Form des Artikel VII im Vertrage aufgenommen wurde, hat es sich ein wirksames Werkzeug geschaffen, um die österreichische Orientpolitik kontrollieren und aus jeder Veränderung am Balkan Nutzen ziehen zu können. Die folgende Entwicklung hat bewiesen, wie berechtigt die Bedenken des österreichisch-ungarischen Außenministers gegen dieses Abkommen waren und welch weitgehende Interpretationsmöglichkeiten es enthielt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die südtiroler Frage den italienischen Staatsmännern vorgeschwebt hat, als sie sich eine Kompensation für etwaige österreichische Gebietsbesetzungen am Balkan ausbedangen. Zwar wurde dem Grafen Kalnoky deutscherseits die Zusicherung gegeben, daß Italien an die Erwerbung des Trentino nicht denke, aber der Versuch, die italienische Regierung selbst zu einer diesbezüglichen Erklärung zu bewegen, hatte keinen Erfolg und scheint dann nicht weiter verfolgt worden zu sein.

Merkwürdigerweise war es, wie Professor Pribram hervorhebt, Graf Kalnoky, der dem Abkommen über die Balkanfragen

durch eine Ergänzung der Robilantschen Vorschläge seinen gefährlichen Charakter verlieh. Robilant hatte ursprünglich nur das türkische Küstengebiet und die türkischen Inseln in der Adria und im Ägäischen Meere als Gegenstand des Abkommens bezeichnet, Kalnoky aber, der damals vor allem die Zusicherung der aktiven Teilnahme Italiens an einem Kriege gegen Rußland erreichen wollte, korrigierte das Robilantsche Konzept, indem er die Worte „Dans les régions des Balcans" vor „des côtes et îles Ottomans" einfügte, eine Ergänzung, die damals wegen der drohenden russischen Kriegsgefahr berechtigt gewesen sein mag, später aber Italien die Möglichkeit bot, den Artikel VII in einer unsere vitalsten Interessen berührenden Weise zu interpretieren. Professor Pribram veröffentlicht eine bedeutsame Unterredung des damaligen österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin Grafen Széchényi mit dem deutschen Unterstaatssekretär Grafen Berchem über diese Frage, in welcher Berchem den Standpunkt vertrat, Österreich werde sich durch die Aufnahme der von dem Grafen Kalnoky gewünschten Ergänzung seiner Aktionsfreiheit am Balkan begeben, falls es einmal dort selbständig vorgehen wolle.

Die nachfolgende Entwicklung hat gezeigt, daß diese Auffassung richtiger war als jene der österreichisch-ungarischen Diplomatie, die vor allem darauf bedacht gewesen zu sein scheint, die Parität der Verpflichtungen Italiens gegenüber den selbst übernommenen zu erlangen. Damals aber war Italien noch weit davon entfernt, die Kreise der österreichisch-ungarischen Orientpolitik ernstlich stören zu können, und es ist erklärlich, daß man am Ballplatz vor allem daran dachte, die Verteidigungsstellung Rußland gegenüber möglichst zu stärken.

Österreichisch-russische Entente über Balkanfragen.

Die Entente, welche Graf Goluchowski am Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts mit Rußland über die Balkanfragen abschloß, mußte automatisch die Möglichkeiten für die italienischen Staatsmänner vermindern, unser gespanntes Verhältnis zu Rußland dazu zu benutzen, um die Vorteile, welche Italien aus dem Dreibunde ziehen konnte, zu vergrößern. Denn der Wert des Dreibundes wurde für Österreich geringer, sobald die Kriegsgefahr mit Rußland nicht mehr aktuell war.

Die österreichisch-russische Entente ist von den slawischen Parteien in Österreich akklamiert worden, weil sie die Aussicht zu eröffnen schien, daß das Bündnis mit Deutschland und Italien durch eine neue slawophilere Orientierung Österreich-Ungarns ersetzt werden könnte. Für Außenstehende liegt immer die Versuchung vor, die letzten Möglichkeiten jedes neuen diplomatischen Zuges, die der verantwortliche Leiter der äußeren Politik zwar übersehen mag, aber im Rahmen der ihm gegebenen Realitäten weder verwirklichen will noch kann, als schon erreicht zu eskomptieren und über alles, was ihnen hindernd im Wege steht, hinwegzugehen. Kein Gebiet menschlichen Handelns ist durch die gegebenen Verhältnisse bedingter, determinierter, als das der Diplomatie; für diese gibt es kein Schema, kein „entweder oder!", das an sich Geltung hätte. Sie kann ihren Zielen durch Anpassung, durch fortgesetzte Korrekturen näherkommen; realisieren lassen sich diese fast nie in ihrer Gänze. Es ist dies eine für den Laien schwer verständliche Tatsache, denn in jedem anderen Berufe haben Grundprinzipien ihre absolute Geltung. Daher kommt es, daß politisierende Militärs, welche die in der Schule des Generalstabes geforderte Klipp und Klarheit in der Beurteilung jeder Si-

tuation und die ihnen reglementmäßig vorgeschriebenen Entschlüsse auf die auswärtige Politik übertragen wollen, kein Verständnis für Nuancen, für Abstufungen haben, ohne welche die Diplomatie nicht bestehen könnte.

Graf Goluchowski erkannte die Vorteile eines guten Verhältnisses zu Rußland für die internationale Stellung der Monarchie, er hat aber mit der russischen Entente niemals den Zweck verfolgt, den Dreibund, wie Dr. Kramař, der Führer der Tschechen, es wünschte, als abgespieltes Klavier beiseite zu schieben und eine neue Politik zu inaugurieren. Gewiß hat ihn in seinen Entschließungen auch die ganz richtige Auffassung beeinflußt, daß Österreich-Ungarn dem Berliner und römischen Kabinett gegenüber eine größere Unabhängigkeit erlangen müsse und nicht vollständig in der Dreibundpolitik aufgehen dürfe. Fürst Bismarck hat mit dem russischen Rückversicherungsvertrage den Weg gewiesen, auf welchem die Gefahren einer zu einseitigen Bindung ausgeglichen werden konnten. Für die europäische Friedenspolitik war es ein großer Schaden, daß man nach Bismarcks Entlassung in der Wilhelmstraße vielfach die Grundprinzipien, auf welche der erste Reichskanzler im Verein mit dem Grafen Andrassy das Bündnis der Mittelmächte aufgebaut hatte, außer acht ließ und das schon mit Rücksicht auf die nationalen Sympathien des größten Teiles der Völker Österreich-Ungarns hinlänglich gesicherte, aber auf bestimmte Eventualitäten beschränkte Bündnis in eine allgemeine politische Interessensolidarität umwandeln wollte. Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck hat man in Berlin jeden Versuch einer selbständigen Regung der österreichisch-ungarischen Politik mit Mißtrauen aufgenommen und vielfach zu wenig

Verständnis für die durch die verschiedenen nationalen Probleme und die besonderen Interessen Österreich-Ungarns am Balkan hervorgerufenen Notwendigkeiten unserer Außenpolitik gezeigt.

Wenn aber unsere Verständigung mit Rußland schon dem Berliner Kabinett nicht sympathisch war, so mußte sie um so mehr in Rom Bedenken hervorrufen, wo man mit den österreichisch-russischen Gegensätzen im nahen Orient als mit einem Aktivposten der italienischen Politik rechnete und durchaus nicht gesonnen war, sich durch ein bilaterales Abkommen der beiden meistinteressierten Mächte vom Balkan abdrängen zu lassen. In der Tat stimmt der Zeitpunkt, zu welchem sich die italienische Politik eingehender mit der albanesischen und mazedonischen Frage zu beschäftigen begann, annähernd mit dem Abschluß unserer Entente mit dem Petersburger Kabinett überein. Graf Goluchowski sah sich später genötigt, bei Einführung der internationalen Gendarmerie in Mazedonien auf die Empfindlichkeiten Italiens Rücksicht zu nehmen, er wies der italienischen Gendarmerie das wichtigste Vilajet, jenes von Monastir, zu.

Der Artikel VII. Durch das Sonderabkommen mit Österreich-Ungarn über die Balkanfragen, das später in Form des oft genannten Art. VII in den Vertrag selbst aufgenommen wurde, ist den italienischen Staatsmännern ein wirksames Werkzeug in die Hände gelegt worden, um die österreichische Orientpolitik ihren Zwecken nutzbar zu machen. Der Artikel bot Italien die Sicherheit, bei der Liquidierung der europäischen Türkei als gleichberechtigter Prätendent auftreten zu können. Er wurde später, besonders in und nach dem Balkankriege, italienischerseits in so weitgehender Weise interpretiert, daß uns jede Bewegungsfreiheit

benommen war, auch Serbien gegenüber. Ursprünglich dem Sinne und den Intentionen der Kontrahenten nach nur für den Fall der Liquidierung der europäischen Türkei formuliert, wurde sein Wortlaut von Italien später dahin umgedeutet, daß alles ehemals türkische Gebiet, also daher auch das seit der Unterzeichnung des Vertrages von einem der Balkanstaaten erworbene, unter seine Bestimmungen falle und Italien zu einer Kompensation berechtigt sei, sobald wir auch nur vorübergehend zur militärischen Besetzung solcher Gebietsteile genötigt wären. In dieser Form gedeutet war der Artikel für uns eine Unmöglichkeit, er sicherte unserem serbischen Nachbar die Unantastbarkeit seines territorialen Besitzstandes und gewährte den Serben Narrenfreiheit für jeden gegen uns unternommenen feindlichen Akt. Wir mußten uns bei jeder Abwehraktion vor Augen halten, daß Italien Entschädigungsansprüche erheben würde, und wußten, daß diese auf die Abtretung des Trentino, eventuell auch der friaulischen Ebene lauten würden. Die österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren haben sich bis zum Kriegsausbruch gegen diese italienische Interpretation des Vertragstextes gewehrt, ohne daß es ihnen gelungen wäre, bei den wiederholten Erneuerungen des Vertrages eine andere Textierung des Artikel VII durchzusetzen.

Während der Annexionskrise versuchte die italienische Regierung, ganz im Widerspruche mit dem Vertragstexte auch Bosnien unter die Bestimmungen dieses Artikels zu stellen. Graf Ährenthal hat diese Zumutung mit Erfolg abgewiesen, er hat Italien dazu gebracht, auf eine territoriale Kompensation für die von uns seit 30 Jahren okkupierten Gebiete zu verzichten, er mußte aber allerdings seine Zustimmung dazu geben,

daß der von uns geräumte Sandschak von Novibazar als türkisches Gebiet in Zukunft nach den Bestimmungen des Artikels VII behandelt werden solle.

Der Artikel hat während des tripolitanischen Krieges zu einer ziemlich scharfen Kontroverse mit dem italienischen Kabinett Anlaß gegeben, als Italien die türkischen Inseln im Ägäischen Meere besetzte und Graf Berchtold seinerseits die Kompensationsklausel geltend machte. Italien zog sich durch eine spitzfindige geographische Auslegung der Vertragsbestimmungen in geschickter Weise aus einem Dilemma, indem es behauptete, die Inseln an der kleinasiatischen Küste gehörten nicht zur europäischen Türkei. Es zeigte sich auch hier wieder, daß die Interpretationsmöglichkeiten internationaler Verträge sehr groß sind und von der jeweiligen Situation abhängen. Italien hatte in den letzten Jahren seine Stellung den beiden anderen Dreibundkontrahenten gegenüber gekräftigt, weil es nicht mehr ganz auf sie angewiesen war und sich schon im Jahre 1902 mit Frankreich, später mit England und nach der Annexionskrise auch mit Rußland in Racconigi geeinigt hatte. Es konnte den Dreibund sofort durch eine andere „Combinazione" ersetzen, während wir, besonders aber Deutschland, ein Interesse daran hatten, den unzuverlässigen Bundesgenossen nicht ganz aus dem Vertrage ausspringen zu lassen und ihn zum offenen Feind zu machen. Nur so sind die wiederholten Erneuerungen des Dreibundes ohne wesentliche Textänderungen, vor allem die während des Balkankrieges im Jahre 1912 erfolgte, erklärlich; es erschien weniger nachteilig, den Vertrag unverändert zu erneuern als sich in langwierige Verhandlungen einzulassen, in deren Verlauf das Aufwerfen viel weiter gehender

italienischer Forderungen mit Bestimmtheit erwartet werden konnte.

Auch hier gab der deutsch-englische Gegensatz den Ausschlag.

Italien hat die durch die englische Einkreisungspolitik gebotenen politischen Möglichkeiten meisterhaft auszunutzen gewußt. Der Dreibundvertrag bot ihm Sicherheiten gegen Österreich-Ungarn und dessen Vordringen am Balkan, und je mehr die Westmächte und Rußland das Königreich als Zünglein an der Wage im europäischen Gleichgewichtssystem umbuhlten, desto mehr waren die italienischen Staatsmänner in der Lage, nach jeder Seite hin Bedingungen zu stellen. Sie hatten nicht die Angst vor komplizierten Klaviaturen, welche die Nachfolger Bismarcks in Deutschland seinerzeit dazu bewogen hat, von einer Erneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland abzusehen.

Graf Berchtold war in den letzten Jahren vor dem Weltkriege bemüht, die Schwenkung Italiens in das feindliche Lager auf andere Weise wenigstens zu verzögern. Er suchte den italienischen Minister des Äußeren Marchese di San Giuliano davon zu überzeugen, daß die Interessen der Dreibundmächte in allen Mittelmeerfragen identisch seien und daß gerade Italien aus dieser Sachlage viel größeren Nutzen ziehen könnte, als wenn es sich auf kleinliche und wenig Gewinn verheißende Bestrebungen in Albanien festlege. San Giuliano zeigte für diese Auffassung ein gewisses Verständnis, Italien war aber in der anderen Richtung schon zu sehr gebunden, und die Beweggründe, die für eine Umkehr sprechen konnten, waren auch damals zu wenig formulierbar, um gegen die günstige Stellung Italiens im europäischen Gleichgewichtssystem ernstlich in Rechnung gestellt zu werden.

Ich glaube hier die eingehenden, teilweise sehr schwierigen Besprechungen mit dem römischen Kabinett während des albanesischen Intermezzos übergehen zu dürfen; für den weiteren Gang der Ereignisse waren sie nur insofern von Bedeutung, als sie uns unsere Gebundenheit wieder vor Augen führten und klar zeigten, welche Gefahren uns italienischerseits bei jedem Versuche, das unsere Existenz in Frage stellende serbische Problem zu lösen, bedrohen müßten.

Der Dreibundvertrag war tatsächlich nur mehr eine Bindung für beide Teile geworden, sein einziger Vorteil bestand noch darin, daß er uns vor einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Italien bewahrte, die sonst wohl unvermeidlich gewesen wäre.

Einschätzung des italienischen Bündnisses durch die österreichisch-ungarische Diplomatie.

Der Generalstab hat gegen die österreichisch-ungarische Diplomatie stets den Vorwurf erhoben, sie habe von den wahren Zielen und Ambitionen Italiens keine Ahnung gehabt und sei immer wieder durch die offiziellen Freundschaftsbeteuerungen der italienischen Regierung getäuscht worden. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Ich glaube nicht, daß es in den letzten Jahren einen führenden österreichischen Diplomaten gegeben hat, der daran zweifelte, daß Italien den Vertrag nur dann halten würde, wenn dies den italienischen Interessen im gegebenen Augenblicke entspreche. Das Remedium aber, das der Generalstab anwenden wollte, nämlich der Präventivkrieg gegen Italien und eine „saignée à blanc" des Königreichs, hätte das Übel in keiner Weise beseitigt, wohl aber unsere internationale Lage sehr verschlechtert. Der Weltkrieg hat bewiesen, wie schwer, ja fast unmöglich die Zertrümmerung eines Staates in militärischer Hinsicht ist. Wir haben trotz unserer Siege weder Serbien

noch Rumänien schachmatt machen oder verhindern können, daß beide Länder mit Hilfe der Entente neue Armeen gegen uns aufstellten. Hätten wir Italien nach einem glücklichen Feldzuge in Mailand einen schmachvollen Frieden diktiert, so wäre es für alle Zeiten zu unserem erbittertsten Feinde geworden, es hätte in dieser Eigenschaft bei den Westmächten jede Unterstützung gefunden und unsere Einkreisung wäre noch vor dem Weltkriege eine vollständige gewesen. Dank dem Dreibundvertrage ist Italien erst neun Monate nach dem Ausbruch des Weltkrieges gegen uns ins Feld gezogen, dieser Zeitraum wurde aber damals von allen Sachverständigen für genügend angesehen, um den Krieg zu beenden. Es ist auch sehr möglich, daß ein deutscher Sieg in der Marneschlacht des Jahres 1914 Italien zur Teilnahme am Kriege auf unserer Seite veranlaßt hätte.

Graf Berchtolds Politik gegenüber Italien.

Nach dem Vorhergehenden wird es leichter sein, die Haltung des Grafen Berchtold gegenüber Italien nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand zu begreifen. Man hat ihm seit unserem Zusammenbruch vielfach vorgeworfen, er habe Italien durch Verheimlichung seiner Absichten in das feindliche Lager getrieben. Und doch war es wahrscheinlich nur durch Schaffung eines fait accompli möglich, Italiens Neutralität zu sichern, für eine gewisse Zeitspanne, die je nach dem Kriegsglücke zur Teilnahme Italiens am Kriege mit oder gegen uns führen mußte. Hätte er die italienische Regierung von seinen Absichten so eingehend in Kenntnis gesetzt wie die deutsche, so hätte Italien voraussichtlich sofort als Kompensation die Abtretung des Trentino verlangt. Unter den damaligen Verhältnissen wäre diese Forderung als un-

diskutierbar zurückgewiesen worden, es wäre zu einem Konflikte gekommen, der Italien viel früher zum Anschlusse an unsere Feinde getrieben hätte.

Daß das Königreich seine Neutralität während des ganzen Krieges hätte bewahren können, halte ich für ausgeschlossen. Abgesehen von den Gewinnchancen, welche die Teilnahme am europäischen Kriege bot, darf nicht vergessen werden, daß der Krieg als solcher für das junge Staatswesen zur Notwendigkeit wurde, sobald alle anderen Mächte daran teilnahmen. Als emporwachsende, von imperialistischen Ambitionen erfüllte Großmacht konnte Italien den europäischen Händeln nicht fernbleiben, ohne seiner Entwicklung untreu zu werden. Sobald die Entente sich sicher genug fühlte, hätte sie einen so einschneidenden wirtschaftlichen Druck auf das Königreich ausgeübt, daß dessen Neutralität unhaltbar geworden wäre. Nach der deutschen Niederlage in der Marneschlacht gab es für Italien keine gewinnverheißende Politik mehr, als den Frontwechsel und den Anschluß an die Entente.

Die Rolle der Freimaurer im Weltkriege.

Seit dem Friedensschluß hat man die internationale Freimaurerei vielfach für die Niederlage der Zentralmächte im Weltkriege verantwortlich gemacht und ihr namentlich, was die Kriegserklärung Italiens betrifft, eine entscheidende Rolle zugeschrieben. Bis zu einem gewissen Grade beruht diese Behauptung jedenfalls auf Wahrheit. Es scheint festzustehen, daß die mit den französischen Logen eng verbrüderten italienischen Freimaurer, zu denen auch der größte Teil der aktiven Politiker Italiens gehörte, für die Regierung Salandra-Sonnino eine wertvolle Hilfstruppe bildeten und daß sie viel dazu beitrugen,

um das friedliche italienische Volk in den Krieg hineinzuhetzen. Die Freimaurer der lateinischen Länder sind ausgesprochene Gegner des monarchischen Prinzips, in Italien waren sie auch die treibende Kraft in der Irredenta gegen Österreich. Im geeigneten Zeitpunkte wurde ihre Aktion von der Regierung losgelassen, an sich wären sie aber kaum stark genug gewesen, um Italien in den Krieg zu drängen, wenn die Interessen der italienischen Außenpolitik sich nicht mit den ihrigen gedeckt hätten. Der Weltkrieg hat die gegen die bestehenden Institutionen gerichtete Minierarbeit der antimonarchischen und antiklerikalen revolutionären Geheimorganisationen aller Länder aufgedeckt, weil die kriegführenden Mächtegruppen kein Mittel unbenützt ließen, um ihr Ziel zu erreichen. Auch die Zentralmächte sind in dieser Hinsicht nicht frei von Schuld, sie haben die irische, flämische und ukrainische Bewegung für ihre Zwecke auszunutzen versucht. Auf diesem Gebiete hatten unsere Gegner allerdings die größeren Erfolge aufzuweisen, und dies ist nicht zum geringsten Teile dem Umstande zu verdanken, daß sie über die weltumfassende Organisation der Freimaurerlogen verfügen konnten und daß die letztere sehr gut funktioniert haben muß. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg mit der Propagandatätigkeit der Freimaurer im engsten Zusammenhange steht und daß auch die Friedensgrundsätze Präsident Wilsons durch die internationalen Logen stark beeinflußt waren. Auch heute noch kann man in der Ententepolitik den Unterton der gegen die katholische Kirche und die monarchisch-christliche Weltanschauung gerichteten Bestrebungen der internationalen Logen genau verfolgen.

Die Verhandlungen Österreich-Ungarns mit Italien.

Die Verhandlungen des Wiener Kabinetts mit der italienischen Regierung im Winter des Jahres 1914—15 konnten an der gegebenen Sachlage, welch letztere Italien zum Anschlusse an die Entente drängte, nichts mehr ändern. Diese Verhandlungen wurden, sobald Sonnino das Außenministerium übernahm, italienischerseits mit Absicht dilatorisch geführt, um dann im April durch die Vertragskündigung und das Ultimatum schroff abgebrochen zu werden.

Die deutsche Regierung glaubte noch bis zuletzt an die Möglichkeit, Italien durch weitgehende Zugeständnisse auf unsere Kosten in seiner Neutralität erhalten zu können. In Wien war man anderer Ansicht. Es lag nicht in der gewissenhaften Natur Baron Burians, der den Grafen Berchtold ersetzt hatte, altösterreichischen Besitzstand leichthin preiszugeben. Seine Intransigenz und das langsame Tempo der Verhandlungen wurden ihm in Berlin sehr übelgenommen. Die deutsche Diplomatie hat damals einen sehr weitgehenden Druck auf unseren Außenminister ausgeübt, der von deutschen und auch von österreichischen Parlamentariern, Finanzgrößen und Journalisten mit dem größten Eifer nach dem Diktate des Auswärtigen Amtes und der deutschen Botschaft in Wien unterstützt wurde.

Man hätte die Neutralität Italiens meiner Ansicht nach im Frühjahre 1915 durch territoriale Zugeständnisse möglicherweise um einige Wochen oder Monate verlängern können. Es wäre dem Fürsten Bülow dann vielleicht gelungen, Giolitti an Stelle Salandras zu setzen und den Zeitpunkt der Kriegserklärung auf diese Weise hinauszuschieben. Es ist schwer, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob dies für den Ausgang des Weltkrieges von ausschlaggebender Bedeutung gewesen



wäre. Wir wissen heute, daß das Eingreifen Italiens im Mai 1915 die Zentralmächte nicht daran gehindert hat, Galizien von der russischen Armee zu säubern. Der Aufmarsch der italienischen Armee dauerte so lange, und Cadorna ging auch später mit solcher Vorsicht zum Angriff über, daß Österreich-Ungarn erst nach der Wiedereroberung Galiziens größere Truppenmassen an die südliche Grenze zu senden brauchte

Eine andere Frage ist es, ob die Hartnäckigkeit, welche Österreich-Ungarn in den Verhandlungen mit Italien an den Tag legte, Herrn Sonnino nicht die Ausführung seiner gegen den Dreibund gerichteten Politik erleichtert hat. Graf Berchtold fiel wegen der italienischen Frage, weil Graf Tisza sein Entgegenkommen gegenüber den italienischen Erpressungsversuchen mißbilligte und sich von einer weniger versöhnlichen Stellungnahme unseres Außenministeriums größere Erfolge versprach. Tisza stand noch im Februar 1915 auf dem Standpunkte, daß jedes Zugeständnis an Italien wertlos sei, weil ein italienischer Angriff nicht durch territoriale Konzessionen unsererseits, sondern nur durch den günstigen Verlauf der kriegerischen Operationen an der Ost- und Westgrenze hintangehalten werden könne. In merito hatte er wohl recht, in taktischer Beziehung glaube ich aber auch heute noch, daß Fehler begangen wurden und daß es vorteilhafter gewesen wäre, die Möglichkeit von Gebietsabtretungen im Trentino zuzugeben, dafür aber die italienische Regierung zu einer Erklärung darüber zu veranlassen, welche Gegenleistungen sie für dieses Opfer auf sich nehmen würde. Am Ballplatz trat man dieser Auffassung damals mit großer Entschiedenheit entgegen und fürchtete, alle Karten aus der Hand zu geben, wenn man Italien gegenüber auch nur von

der Möglichkeit der Preisgabe österreichischen Gebietes etwas verlauten lasse. In der Politik läßt sich die Probe auf gegenteilige, nicht zur Ausführung gebrachte Ansichten nicht anstellen, es scheint mir aber doch, daß hierdurch eine breitere Verhandlungsgrundlage geschaffen worden wäre und Italien nicht so leicht einen Grund gefunden hätte, den Dreibund ex abrupto zu kündigen. Jedenfalls wäre unsere Stellung der deutschen Regierung gegenüber eine viel stärkere gewesen, wenn sich im Laufe der Verhandlungen gezeigt hätte, daß Italien sich zu keiner Gegenleistung, nicht einmal zur Aufrechterhaltung der Neutralität bis zum Kriegsende verpflichten wolle.

Italien hat im Weltkriege eine namhafte territoriale Vergrößerung erfahren, seine nationalen Aspirationen sind bis auf den Erwerb des kleinen, noch zur Schweiz gehörigen Tessingebietes befriedigt, und es hat gute Aussichten, jenseits der Adria über die nationale Grenze hinaus imperialistische Ziele zu verwirklichen.

Das Passivsaldo des Krieges ist aber für das in seinen Finanzen zerrüttete und durch die revolutionäre Bewegung ernstlich bedrohte Königreich ein sehr großes. Durch die Bildung eines südslawischen Staates ist es, was die Adriafrage betrifft, tatsächlich vom Regen in die Traufe gekommen. Der größte Passivposten ist aber wohl die vollständige Abhängigkeit Italiens von den Westmächten, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete. Für Italien wäre es vorteilhafter gewesen, wenn die Mittelmächte den Krieg gewonnen hätten oder es wenigstens zu einer partie remise gekommen wäre. Ein Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland, wie es heute zu Frankreich und England besteht, wäre auch im ersteren Falle

unmöglich gewesen, Italien wäre immer wieder in die Lage gekommen, seine Schaukelpolitik zwischen den beiden Mächte- gruppen wieder aufzunehmen, die ihm in den Vorkriegsjahren so nützlich war.

Deshalb glaube ich auch, daß Italien im Laufe der nächsten Jahre wieder versuchen wird, eine Anlehnung an Deutschland zu finden, wenn es gelingen sollte, das durch den Zusammen- bruch und die Revolution zu Boden geworfene Deutsche Reich in ein neues Energiezentrum für Mitteleuropa umzuwandeln. An die Verläßlichkeit der vom „sacro egoismo" diktierten italienischen Politik glauben seine neuen Bundesgenossen heute wohl ebensowenig, wie wir es vor dem Kriege taten.

Der Weltkrieg.

Der Balkankrieg war der erste Auftakt eines großangelegten panslawistischen Planes zur Vereinigung aller Slawen unter russischer Herrschaft und damit zur Zertrümmerung Österreich-Ungarns.

Die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses ehrgeizigen Beginnens erschienen durch die internationale Lage gegeben. In Petersburg rechnete man damit, daß das Ableben Kaiser Franz Josephs, welches nach menschlicher Voraussicht nahe bevorstand, zu einer allgemeinen Erhebung der unter seinem Zepter vereinigten Völker führen und die Monarchie sich auflösen werde. In England und Frankreich war der Glaube an die Notwendigkeit des Bestandes Österreich-Ungarns für das europäische Gleichgewichtssystem geschwunden. Man erblickte in der Monarchie nur mehr eine Hilfskraft Deutschlands und glaubte den mitteleuropäischen Block an seiner Achillesferse treffen zu können, wenn man eine Entwicklung förderte, die vorerst den ganzen Balkan für die antideutsche Koalition nutzbar machen und späterhin auch die slawischen Gebiete Österreich-Ungarns dem deutschen Einflusse entziehen sollte.

Für die Ausführung dieses Planes war Serbien am Balkan der geeignetste Exponent. Seine radikalen Staatsmänner hatten seit der Ermordung König Alexanders das Ziel verfolgt,

ihr Land zum Piemont der Südslawen zu machen und diese auf Kosten Österreich-Ungarns in einer Nation zu vereinigen. Der große Machtzuwachs, den Serbien im Balkankriege erfahren hatte, galt ihnen als Etappe auf diesem Wege, als Abschlagszahlung eines weit größeren Gewinnes in der Zukunft.

Man kann der österreichischen Politik den Vorwurf machen, daß sie die Lösung der südslawischen Frage auf außen- und innenpolitischem Gebiete zu lange verzögert hat, daß sie die ihr wiederholt gebotenen Gelegenheiten versäumte, zu einem Zeitpunkte, wo Rußland anderswo engagiert war und man in Petersburg bereit gewesen wäre, Serbien dem österreichisch-ungarischen Rivalen gegen entsprechende Konzessionen am Schwarzen Meere preiszugeben. Für die Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien wäre zweifelsohne die Weltlage im Jahre 1903 und auch noch im Jahre 1908 eine günstigere gewesen. Eine auf Eroberungen ausgehende aktive Politik hätte diese Gelegenheiten gewiß benutzt. Der konservative und friedliche Charakter der österreichischen Außenpolitik war aber durch die Konstruktion der Doppelmonarchie und durch die Überzeugung aller maßgebenden Stellen, daß Österreich-Ungarn keinen weiteren Gebietszuwachs gegen Osten oder Süden assimilieren könnte, so fest begründet, daß man den Entschluß, gegen Serbien einzuschreiten, erst faßte, als der Brand das eigene Gebäude zu ergreifen drohte und die Aktion aus Notwehr zur Verteidigung des eigenen Besitzstandes unternommen werden mußte.

Durch den Ausgang des Balkankrieges waren an unserer Südostgrenze unhaltbare Zustände geschaffen worden. Serbien hatte aus dem Kriege unverhofft reichen Gewinn gezogen,

es hatte sein Gebiet fast verdoppelt und war zu einer starken Militärmacht geworden. Damit stiegen die Aussichten für die Verwirklichung des großserbischen Einigungsgedankens ins Unermeßliche. Nicht nur in Serbien selbst, auch in den von Südslawen bewohnten österreichisch-ungarischen Gebieten griff die Überzeugung um sich, daß der Zusammenbruch Österreich-Ungarns nahe bevorstehend sei und daß Jugoslawien nur von Belgrad aus mit Hilfe der serbischen Armee und deren Verbündeten geschaffen werden könnte. In Belgrad tat der rührige russische Gesandte Herr v. Hartwig sein Bestes, um die serbische Regierung in ihren ehrgeizigen Plänen zu unterstützen. Serbien und Rumänien waren seit dem Bukarester Frieden aufeinander angewiesen, und die Möglichkeit, Bulgarien für ein gemeinsames Vorgehen gegen Österreich-Ungarn wiederzugewinnen und so einen neuen Balkanbund unter russischer Ägide ins Leben zu rufen, war eine sehr große.

Dies war die politische Atmosphäre an unserer Südostgrenze, als Erzherzog Franz Ferdinand nach Bosnien fuhr und dort den Tod fand. In den annektierten Provinzen hatten sich die inneren Verhältnisse seit dem Abschluß des Balkankrieges andauernd verschlechtert; zwar herrschte noch äußerlich Ruhe im Lande, unter der Hülle aber glühten die von Belgrad aus geschürten Feuer um so stärker. Alle Kenner des Landes hatten den Eindruck, daß eine Explosion nahe bevorstehend sei. Namentlich in den Schulen hatte die großserbische Propaganda so chaotische Zustände geschaffen, daß eine regelrechte Fortführung des Unterrichts kaum mehr möglich erschien. Die bosnische Landesregierung erklärte auf das entschiedenste, daß entsprechende strenge Maßregeln zur Abwehr der serbischen Agitation

unternommen werden müßten, wenn eine Katastrophe vermieden werden solle.

Die zu diesem Zwecke von General Potiorek in Vorschlag gebrachte Abwehraktion war so drakonischer Natur, daß sie zu einer Militärdiktatur geführt und dem konstitutionellen System der beiden Provinzen ein jähes Ende bereitet hätte. Es wäre vielleicht gelungen, die Länder auf diese Weise für einige Jahre zu galvanisieren, ihre Entwicklung wäre aber in nicht wieder gutzumachender Weise aufgehalten worden. Eine solche Politik hätte früher oder später zum elementaren Ausbruch des Volkswillens führen müssen.

Die Verfassungsfrage in Bosnien.

Unser Ultimatum an Serbien wird erst durch die Kenntnis dieser innerpolitischen Situation in Bosnien und der Herzegowina verständlich: Infolge der von Rußland und dessen Verbündeten unterstützten großserbischen Propaganda drohte das Experiment, den Bewohnern Bosniens und der Herzegowina allmählich einen den Zeitverhältnissen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ihres Landes einzuräumen, Schiffbruch zu leiden. Es blieben uns unter diesen Umständen zwei Wege offen, der eine führte zur gepanzerten Faust, zu einem militärischen Provisorium, welches die neu annektierten Provinzen in Feindesland verwandelt hätte und auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten gewesen wäre, der zweite Weg, der dann auch beschritten wurde, war der des chirurgischen Eingriffs gegen den Krankheitserreger. Er wurde gewählt, weil man sich die Möglichkeit erhalten wollte, die freiheitliche Entwicklung der Länder im Rahmen der Monarchie fortzusetzen. Jede Verfassung muß, wenn sie lebensfähig sein soll, einen evolutionären Charakter tragen, besonders trifft dies bei einem jungen und wenig ent-

wickelten Volksstamm zu, der zur Freiheit und Selbstregierung erst herangezogen werden muß. Es ist gewiß, daß die bosnische Verfassungsfrage durch die dualistische Gestaltung der Monarchie wesentlich kompliziert wurde und daß die Wünsche der Einwohner in einem Einheitsstaat viel rascher hätten befriedigt werden können. Ich kann aber mit gutem Gewissen sagen, daß alle maßgebenden Faktoren in Wien und Budapest von der Notwendigkeit überzeugt waren, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen Bosniens und der Herzegowina nach Kräften zu unterstützen und die Bewohner dieser Länder zu zufriedenen Teilhabern am Reiche der Habsburger zu machen. Darum wurden auch die weitgehenden Anträge General Potioreks sowohl von dem mit der Verwaltung Bosniens betrauten gemeinsamen Finanzminister Bilinski wie auch von dem Grafen Berchtold und den beiden Ministerpräsidenten auf das entschiedenste abgelehnt. Eine Zwangsherrschaft in Bosnien, wie sie General Potiorek befürwortete, hätte die Einigung des Balkans beschleunigt, sie wäre in Sofia als Bekenntnis unserer Unfähigkeit, gegen Serbien direkt vorzugehen, angesehen worden. Die Einsicht, daß ein Fortschreiten auf dem verfassungsmäßig gewiesenen Weg der Evolution bis zur vollständigen Autonomie die innere Lage nur verschlechtern und chaotische Verhältnisse heraufbeschwören müßte, solange gegen die großserbische Wühlarbeit nichts unternommen werde, beeinflußte nach der Ermordung des Erzherzogs den Entschluß zur Aktion gegen Serbien. Hinter Serbien stand Rußland und die beiden anderen Ententemächte, die Gefahr eines europäischen Krieges war daher vorhanden, sobald wir irgendetwas gegen Serbien unternahmen, unter der Voraussetzung, daß

Rußland den Moment für gekommen hielt, loszuschlagen, um seine weitgehenden Eroberungspläne zu verwirklichen.

Ich habe nie geglaubt, daß die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand von maßgebender Stelle in Belgrad oder Petersburg aus vorbereitet oder gewollt worden ist. Nach der damaligen Situation erschien die Tat vielmehr als das vorzeitige Losgehen einer geladenen Pistole. Der neue Balkanbund war noch nicht geschlossen, und die russischen Rüstungen sollten nach Ansicht der Militärs erst im Jahre 1916 beendet sein. Möglicherweise hatte die russische Regierung auch nicht die Absicht, auf unser Ultimatum an Serbien sogleich mit der Kriegserklärung zu antworten. Anfangs schien es, als wolle Herr Sazonoff temporisieren, sein Plan ging angeblich dahin, acht Armeekorps gegen uns zu mobilisieren und uns durch eine militärische Aufstellung an der galizischen Grenze in der Flanke zu bedrohen, um dann im gegebenen Augenblick seine Mediation anbieten und Serbien retten zu können. Durch den Suchomlinow-Prozeß ist bekannt geworden, in welcher Weise dieser an sich durchaus glaubwürdige und dem Interesse Rußlands entsprechende Plan durch die russische Militärpartei durchkreuzt wurde. Jedenfalls geht aus der Berichterstattung des Grafen Szápáry in den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch hervor, daß der russische Minister des Äußeren nicht den Krieg um jeden Preis wollte und nach einem Wege suchte, um die Entscheidung hinauszuschieben, was ihm auch gelungen wäre, wenn der russische Generalstab dies nicht durch rasches Handeln unmöglich gemacht hätte [1]). Die Ermordung des Thronfolgers.

[1]) Ich habe es bedauert, daß Österreich-Ungarn anläßlich der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand die fremden Staatsober-

Graf Berchtolds Auffassung der Lage, seine Anfrage in Berlin. Deutsche Unterstützung unserer Absichten.

Graf Berchtold erblickte in der Mordtat von Serajewo den Höhepunkt in dem Zersetzungsprozesse, der seit dem Frieden von Bukarest in Bosnien und der Herzegowina eingesetzt hatte. Wie ich oben ausführte, war der Gedanke, diesen Anlaß zu einer Auseinandersetzung mit Serbien zu benützen und in Bosnien endlich reinen Tisch zu machen, hauptsächlich innerpolitischen Erwägungen entsprungen. Einerseits waren alle maßgebenden Faktoren darüber einig, daß die Verhältnisse in den annektierten Ländern unhaltbar geworden waren, andererseits bildete auch die durch das Verbrechen an dem Thronfolger in der ganzen Monarchie, namentlich aber in den südslawischen Ländern hervorgerufene Erbitterung gegen Serbien ein Einigungsmoment, das schwer ins Gewicht fallen mußte. Rücksichten auf die außenpolitische Situation haben selbstverständlich auch mitgesprochen, namentlich die Befürchtung, daß Bulgarien über uns als zerfallenden Kadaver hinweggehen würde, wenn wir uns gegen die fortgesetzten serbischen Übergriffe nicht wehrten. Trotzdem war Graf Berchtold nicht

---

häupter nicht zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Wien eingeladen hat. Bei dem Eindruck, welchen das Verbrechen an dem Thronfolger allenthalben hervorgerufen hatte, wäre es vielleicht möglich gewesen, den Friedenswillen in letzter Stunde neu zu beleben und so die drohende Katastrophe wenigstens für einige Jahre aufzuhalten. Ich lege zwar solchen höfischen Veranstaltungen keine große Bedeutung bei, es wäre aber doch vielleicht in diesem Augenblick gelungen, den Kaiser von Rußland, der den Krieg wegen der damit verbundenen Revolutionsgefahr fürchtete, von der furchtbaren Gefahr der serbischen Treibereien für den Weltfrieden zu überzeugen und so doch einen Aufschub der Entscheidung zu erreichen. Allerdings wäre der Zar kaum persönlich zu den Feierlichkeiten erschienen und war überdies der Einfluß der Panslawisten in Rußland schon so stark, daß es eines heroischen Entschlusses des Kaisers bedurft hätte, um die Kriegspartei in Rußland zu unterdrücken.

ein unbedingter Anhänger des sofortigen Krieges gegen Serbien, ebensowenig wie Kaiser Franz Joseph es war. Was er aber vermeiden wollte, war die neuerliche Anspannung der internationalen Lage durch eine Bedrohung Serbiens unsererseits, wie sie in den Jahren 1908 und 1912 erfolgt war, ohne daß dann die serbische Frage eine endgültige Lösung fand. Wir konnten die fortgesetzte Beunruhigung durch den serbischen Nachbar nicht mehr ertragen, die wiederholten Mobilisierungen unserer Reservejahrgänge drohten die Disziplin in der Armee zu untergraben, Handel und Industrie stockten, und allen Kreisen schien es damals, daß ein Krieg der seit sechs Jahren andauernden Bereitschaft vorzuziehen wäre. Graf Berchtold wäre aber bereit gewesen, alle diese schwerwiegenden Gründe, die für den Krieg sprachen, zurückzustellen und sich im Gegensatz zur ganzen öffentlichen Meinung in Österreich und Ungarn auf ein zuwartendes, der Auseinandersetzung mit Serbien aus dem Wege gehendes Programm festlegen zu lassen, wenn ihm eine solche Politik anläßlich seiner Anfrage in Berlin angeraten worden wäre. Ebensosehr wie die Entscheidung über die Kriegsfrage lag ihm eine Regelung unseres Verhältnisses zu Bulgarien am Herzen, wie diese in einer von mir nach Berlin überbrachten Denkschrift[1]) eingehend besprochen wurde.

Die Verständigung mit Bulgarien.

Die von uns angestrebte Verständigung mit Bulgarien hatte bis dahin keine Fortschritte gemacht, weil man in Berlin

[1]) Die von dem österreichischen Staatsamte des Äußern im Jahre 1919 veröffentlichte Sammlung diplomatischer Aktenstücke über die Vorgeschichte des Krieges 1914 enthält wichtige Dokumente über den Kriegsausbruch. Die hier erwähnte Denkschrift sowie die Telegramme des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin sind in dieser Sammlung erschienen.

den Bulgaren nicht traute und fürchtete, Rumänien zu verlieren, wenn man sich mit Bulgarien einlasse. Das Nachgeben des Berliner Kabinetts in dieser Frage hätte immerhin eine gewisse Sicherung für unsere Zukunft am Balkan geboten und wenigstens die Gefahr der Begründung eines neuen Bundes aller Balkanvölker gegen uns verkleinert. Es ist richtig, wenn in der nach dem Zusammenbruch veröffentlichten Broschüre des im Wiener Staatsamte des Äußeren in Verwendung stehenden Archivars Dr. Gooß gesagt wurde, unsere Demarche in Berlin habe einen informativen Charakter gehabt. Wir hatten uns vorher auf keine Politik festgelegt, wenn auch die Möglichkeit eines sofortigen Einschreitens gegen Serbien von uns erwogen worden war und eine kriegerische Auseinandersetzung mit diesem Lande früher oder später unvermeidlich schien. Ich bedauere die Polemik, welche auf Grund der Goosschen Schrift über die Schuld am Weltkriege ausgebrochen ist, und sehe auch heute keinen Nutzen in dem Versuch, die Verantwortung allein auf Österreich-Ungarn oder Deutschland abzuschieben, zumal nicht objektive, sondern politische Opportunitätsziele damit verfolgt wurden. Da aber die Kontroverse in dieser Form aufgeworfen worden ist, halte ich mich für verpflichtet, festzustellen,[1] daß sowohl Graf Szögyény wie ich in Berlin den Eindruck gewannen, daß die deutsche Regierung für ein sofortiges Einschreiten unsererseits gegen Serbien eingenommen war, obwohl sie die Gefahr klar erkannte, daß ein Weltkrieg daraus entstehen konnte. Dies geht auch aus dem Telegramm des Grafen Szögyény vom 6. Juli 1914 hervor, in welchem gesagt wird, vom internationalen Standpunkt halte der Reichskanzler den gegenwärtigen Augenblick für günstiger als einen

späteren. Herr von Tschirschky teilte diese Auffassung, es ist aber meiner Ansicht nach falsch, ihn allein als Kriegshetzer hinzustellen.

Eine genaue Einsicht in die Beweggründe, welche die deutsche Regierung zu einer so rückhaltlosen Unterstützung unserer Kriegspolitik veranlaßten, wird möglicherweise das Studium der nunmehr veröffentlichten deutschen Archive aus der Zeit vor dem Kriegsausbruch bringen. Den Erinnerungen des Staatssekretärs von Jagow ist zu entnehmen, daß man in Berlin ernstlich über die Schwächeerscheinungen besorgt war, die sich in den letzten Friedensjahren in Österreich-Ungarn gezeigt hatten, daß man an unserem Werte als Bundesgenosse zu zweifeln begann und einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse Europas vorbeugen wollte, die sich zuungunsten Deutschlands vollziehen mußte, wenn Rußland nach dem Ausbau der Bahnlinien, Ergänzung der Artillerie und Vergrößerung des Rekrutenkontingents strategisch „fertig" war, Österreich-Ungarn aber, bei zunehmender Erschlaffung, der großserbischen und panslawistischen Propaganda immer mehr zum Opfer fiel. Vertraulich uns zugekommenen Informationen zufolge hatte man in Berlin schon im Frühjahre 1914 sehr ernste Nachrichten aus Rußland über die zunehmende Schlagfertigkeit des russischen Heeres erhalten und sich mit der Möglichkeit eines Krieges beschäftigt. Das Problem stellte sich damals einfacher als jetzt, wo die Imponderabilien des Kriegsglückes und der Art der Kriegführung im modernen Kriege noch unbekannte Komponenten waren und niemand die lange Dauer des Krieges voraussehen konnte. Auf Grund des Wehrbeitrages hatte die deutsche Armee eben eine namhafte Ver-

Beweggründe für die Haltung der deutschen Regierung.

stärkung erfahren, das Vertrauen in ihre Schlagfertigkeit war ein unbegrenztes, man rechnete fast allgemein mit einer Kriegsdauer von höchstens sechs Monaten und konnte daher auch den Wert der englischen Bundeshilfe für Frankreich und Rußland niedrig einschätzen. All dieses hat zweifellos dazu beigetragen, daß die maßgebenden Kreise in Berlin, obwohl sie den Frieden bewahren wollten und sich ganz ehrlich nach dem Kriegsausbruch als die Angegriffenen betrachtet haben, sich auch durch die Eventualität des Weltkrieges nicht davon abhalten ließen, uns in unserer geplanten Aktion gegen Serbien zu ermuntern.

Eine erfolgreiche Strafexpedition Österreich-Ungarns gegen Serbien und die im Anschlusse hieran sich als selbstverständlich ergebende Lösung der südslawischen Frage im österreichischen Sinne hätte, vom europäischen Standpunkte aus besehen, das größte Gefahrenmoment für den Frieden unseres Kontinents beseitigt und eine Periode der Ruhe und Konsolidierung einleiten müssen. Weder englische noch französische Interessen wurden durch diesen Waffengang berührt, im Gegenteil, wäre der deutsch-englische Gegensatz nicht vorhanden gewesen, wäre England nicht im Lager der Tripleentente gestanden, so hätte es eine solche Aktion wahrscheinlich unterstützt. Denn England konnte kein Interesse daran haben, Rußland zum Herrn des Balkans zu machen und Konstantinopel auf diese Weise preiszugeben. Wir haben alles, was in unserer Macht stand, getan, um den Konflikt zu lokalisieren, wir haben uns sogar zu der Erklärung verstanden, daß wir kein serbisches Gebiet dauernd in Besitz nehmen würden, um die russische Intervention hintanzuhalten. Für Rußland handelte es sich aber in der ganzen Frage um ein tieferliegendes Problem. Dank der englischen

Unterstützung hatte es eine Ausgangsstellung für weitgehende Eroberungspläne auf unsere Kosten erreicht, und ein Zurückweichen in der serbischen Frage hätte das ganze von Iswolski errichtete Gebäude sprengen und den Zusammenbruch der Tripleentente herbeiführen können.

Vielfach wird heute gegen unsere und die deutsche Diplomatie der Vorwurf erhoben, daß wir die Unmöglichkeit für Rußland, nachzugeben und sich an dem serbischen Konflikte nicht zu beteiligen, in unseren Berechnungen nicht genügend berücksichtigt hätten, daß es ein Unrecht war, die „aut-aut"-Frage zu stellen und Rußland mit seinen Verbündeten in eine Zwangslage hineinzudrängen, aus der es nur mehr einen Ausweg, den Krieg, gab. Wer solche Vorwürfe erhebt, verkennt die damalige Sachlage. Hätten wir eine radikale Lösung des serbischen Problems damals unterlassen und uns wie im Jahre 1908 mit einem diplomatischen Erfolg begnügt, so wäre die Stellung Rußlands am Balkan in keiner Weise beeinträchtigt worden. Es hätte die Wühlarbeit gegen uns in Serbien fortgesetzt und die kriegerische Entscheidung zu dem geeignetsten Zeitpunkte herbeiführen können. Sowohl in Österreich-Ungarn wie in Deutschland war man davon überzeugt, und diese Überzeugung war nach den allgemeinen Prämissen eine durchaus berechtigte, daß Rußland auf den Krieg methodisch hinarbeite und daß die einzige Möglichkeit, einen europäischen Konflikt allenfalls zu vermeiden, darin liege, das Gleichgewichtsverhältnis zwischen Dreibund und Tripleentente zugunsten der mitteleuropäischen Mächtegruppe zu redressieren, solange es noch zweifelhaft war, ob die russischen Rüstungen jenen Grad der Bereitschaft erreicht hatten, der genügte, um

die Regierung in Petersburg zum Losschlagen zu bewegen. So erschien die Aktion gegen Serbien den verantwortlichen Staatsmännern in Wien und Berlin als ein letzter, allerdings sehr problematischer Versuch, den Weltenbrand zu vermeiden, indem die in Belgrad angezündete Lunte noch in elfter Stunde gewaltsam entfernt wurde.

Die Angst, daß das Gefüge der Tripleentente einen Riß erhalten und damit die englische Einkreisungspolitik gegen Deutschland illusorisch werden würde, hat die englischen Staatsmänner gezwungen, in Petersburg alles zu unterlassen, was dort als Unterbindung der durch die Weltlage für die russische Politik gebotenen Möglichkeiten aufgefaßt werden konnte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl der französische wie der englische Botschafter in jenen für Rußland verhängnisvollen letzten Julitagen eher für als gegen eine kriegerische Entscheidung arbeiteten, mögen sie nun den Krieg gewollt oder aber gehofft haben, den Mittelmächten neuerlich eine diplomatische Niederlage zu bereiten. Ohne diese moralische Rückendeckung hätte sich der Kaiser von Rußland wohl niemals dazu entschlossen, den allgemeinen Mobilisierungsbefehl zu unterschreiben und damit das tragische Schicksal seines Hauses und Reiches zu besiegeln.

Kriegsursachen.

Für ein selbstbewußtes und in ungeahnter Entwicklung begriffenes, kraftstrotzendes Volk, wie es das deutsche damals war, konnte sich die Frage, eine kriegerische Verwicklung um jeden Preis zu vermeiden, um den Frieden zu erhalten, gar nicht stellen. Die ganze Rüstungspolitik der letzten Jahre wäre sinnlos gewesen, wenn man der „ultima ratio“ unter allen Umständen hätte ausweichen wollen. Machiavelli sagt in seinem

„Fürsten“, man dürfe einem Kriege nie aus dem Wege gehen denn man erreiche damit nur das eine, daß der Krieg später um so unvermeidlicher werde, jedoch unter ungünstigeren Umständen geführt werden müsse. Die europäische Politik war eine Kriegspolitik, wie es Lowes Dickinson in seinem wertvollen Buche „The European Anarchy“ in überzeugender Weise darlegt. Man stellte sich in Berlin auf den damals durchaus berechtigten Standpunkt, daß man den Krieg zwar nicht wolle, ihn aber schlagen müsse, wenn das europäische Allianzsystem ihn heraufbeschwöre. Die Schuld am Weltkriege liegt nicht an einzelnen Personen, sondern am erstarrten Allianzsystem Europas und an der hierdurch geförderten Rüstungspolitik. Wie überall in unserer mechanisierten Zeit, war auch in der europäischen Politik die Maschine zu mächtig geworden. Es fehlte der geniale Staatsmann, der, ihre Gefahren aus der Vogelperspektive erkennend, neue Wege eingeschlagen hätte. Ein Titane wie Bismarck hätte durch eine gewaltsame Wendung den Weltkrieg vielleicht vermeiden können.

Ich hatte während des Krieges einmal Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit einem englischen Diplomaten über die Ursachen des Krieges. Er gab mir im Wesen zu, daß wir berechtigt waren, gegen Serbien vorzugehen, ließ auch den von mir vorgebrachten Vergleich mit dem Burenkrieg gelten, erklärte aber, der Burenkrieg habe den Weltfrieden nicht in Frage gestellt, und bezeichnete es als ein Verbrechen Österreich-Ungarns, daß es eine Aktion gegen Serbien begonnen habe, welche Rußland und damit die ganze Entente in den Weltkrieg hineingezwungen hätte. Damit gab er zu, daß die Entente durch ihre Abmachungen so gebunden war, daß sie gegen ihren

Willen in den Krieg gedrängt wurde, als das serbische Geschwür aufging. Die ganze Fragestellung wird durch eine solche Argumentation verschoben. Im Interesse des Weltfriedens verlangte die Entente von uns, daß wir der gegen uns gerichteten serbischen Wühlarbeit, welche sie unterstützte, keinen Widerstand leisten sollten.

Die Haltung Englands.

Anfangs hatte es den Anschein, als billige England unser Vorgehen gegen Serbien und als würde es auf die Lokalisierung des Konfliktes hinarbeiten. Erst als man in London bemerkte, daß die Kriegspartei in Petersburg die Führung übernommen habe, änderte sich der Ton. Die Wut der Engländer richtete sich dann gegen Deutschland, weil es uns nicht in den Arm gefallen war. Eine Verhinderung des Kriegsausbruches durch eine Konferenz hätte die serbische Frage für uns offen gelassen, ob die europäische Politik damit in ein besseres Fahrwasser gelangt wäre und eine Verständigung zwischen Deutschland und England, wie sie Sir Edward Grey in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter noch kurz vor dem Kriegsausbruch in Aussicht stellte, möglich gewesen wäre, bleibt eine offene Frage. Jedenfalls hätte diese Verständigung nur auf unsere Kosten erfolgen können, man wäre in Berlin genötigt gewesen, über das sterbende Österreich-Ungarn hinwegzugehen, um neue Bundesgenossen zu suchen. Nach all dem Furchtbaren, was die Welt in den Kriegsjahren und seither durchgemacht hat, kann die Liquidierung der österreichisch-ungarischen Monarchie auf friedlichem Wege, wie sie sich allmählich bei fortschreitendem Verfalle, ähnlich wie dies in der Türkei geschehen ist, vollzogen hätte, fast als das kleinere Übel erscheinen. Im Jahre 1914 aber herrschte noch keine Anämie in unserem

Organismus, wie sie der Krieg hervorgerufen hat, und kein verantwortlicher österreichisch-ungarischer Staatsmann konnte damals daran denken, sich dem unvermeidlichen Tod wehrlos preiszugeben. Auch in Berlin dachte niemand an eine solche Verleugnung der bis dahin befolgten Dreibundpolitik. Man fühlte sich kriegsbereit und wollte durchaus nicht den Frieden um jeden Preis erkaufen. Die in der Marokko- und Agadir-Krise gemachten Erfahrungen hatten den deutschen Staatsmännern die Überzeugung beigebracht, daß ihre Friedenspolitik die zum Kriege treibenden Elemente in der Entente gestärkt und die Lage Deutschlands verschlechtert habe. Man hoffte in Berlin, daß unsere Aktion gegen Serbien lokalisiert bleiben würde und daß die Stärkung, welche Österreich-Ungarn durch Beseitigung der großserbischen Gefahr erhalten mußte, auf die Weltlage im allgemeinen im Sinne der Befestigung des Friedens günstig einwirken würde. Wenn man die Gefahr beziehungsweise die Möglichkeit des Ausbruches eines europäischen Krieges nicht als absolutes Hindernis gegen unsere serbische Aktion empfand, so ließ man sich dabei von der Voraussetzung leiten, daß dieser Krieg an und für sich unvermeidlich sein würde, wenn die Kriegspartei in Rußland ihren Einfluß auf die internationale Politik beibehielte und weiter von England unterstützt werde. Durch die Probe aufs Exempel sollten die vernünftigen Elemente, namentlich Kaiser Nikolaus, zur Besinnung und Abkehr von der Kriegspolitik bewogen werden, gelang dies nicht, so war dies ein Beweis dafür, daß der Krieg nicht zu vermeiden war. Im Jahre 1914 konnte er nach Ansicht aller leichter bestanden werden, als ein bis zwei Jahre später, wo der österreichisch-ungarische Bundes-

genosse durch den Verfallsprozeß noch mehr an seiner Schlagkraft eingebüßt haben würde. Unsere Gegner haben ein begreifliches Interesse daran, den Krieg in den Augen ihrer schwer geprüften Völker als den vollkommen unbegründeten und unprovozierten Akt einiger deutscher und österreichisch-ungarischer Abenteurer hinzustellen und Sühne für das der Menschheit angetane „Verbrechen" zu fordern. Die Wahrheit liegt aber anderswo. Der Weltkrieg war die notwendige Folge eines ungesunden politischen Gleichgewichtssystems, das im Laufe der Zeit in den Kampf zweier Mächtegruppen um das Übergewicht in Europa ausgeartet und dessen Schwerpunkt so stark labil geworden war, daß auch ein lokaler Anlaß zum Zusammenbruch führen konnte. Dieser Anlaß war aber im gegebenen Falle eine Lebensfrage der zunächst Beteiligten. Österreich-Ungarn hatte alles Interesse daran, den Frieden Europas gesichert zu sehen, und Deutschland hatte die Gewißheit, auf friedlichem Wege viel mehr zu erreichen als in einem Weltkriege, der nach menschlicher Voraussicht Siegern und Besiegten die gleichen Nachteile bringen mußte. Das Weltgericht hat gegen die Mittelmächte entschieden, Österreich-Ungarn ist zertrümmert und Deutschland zu Boden geworfen. Dies macht die in der Heimat erhobenen Anklagen gegen jene, welche nach außen hin den letzten Anlaß zum Kriegsausbruch gaben, verständlich, ändert aber nichts an der Wahrheit, daß die letzten Entscheidungen aus einer Zwangslage hervorgegangen sind und nur das unvermeidliche Endglied einer historischen Kausalkette darstellen [1]).

---

[1]) In seinem Appell an die Intellektuellen Europas hat der Cambridger Professor und bekannte Pazifist Bertrand Russell sehr richtig über

die Schuldfrage gesagt, es gebe für ihn in diesem Kriege keine größere Überraschung als der fortgesetzte Appell an Argumente, die jeder zivilisierte Mensch im Frieden mit Ekel zurückgewiesen hätte. Die Deutschen sprechen vom brutalen Egoismus Englands und stellen Deutschland hin, als verteidige es ein großes Ideal gegen eine Welt von Neidern. Die Engländer wieder sprechen von dem zügellosen Militarismus in Deutschland, von dessen Machthunger; von sich behaupten sie, sie hätten den Krieg zum Schutze der kleinen Nationen und um die Heiligkeit der Verträge zu wahren begonnen. In kaltem Blute würden viele, die heute so sprechen, merken, daß sie melodramatisch fabeln. Alle Staaten sind zu allen Zeiten vor allem Egoisten gewesen. Es könne zufällig vorkommen, daß ein Staat, der sein eigenes Interesse verfolgt, dabei auch die Zivilisation fördere oder die Heiligkeit der Verträge verteidige. Kein unparteiischer Beobachter könne aber ernstlich glauben, daß ein Staat für solche Zwecke Millionen von Menschenleben und Milliarden von Pfund Sterling opfern würde. Zu solchen Opfern habe sich ein Staat noch nie entschlossen, außer die Befriedigung seines nationaler Interesses sei im Spiele gewesen. Bevor man nicht einsehe, daß alle Staaten, die an diesem Kriege teilnahmen, ohne Ausnahme vollständige Egoisten seien, werde man über die Folgen des Krieges keine auf Wahrhaftigkeit beruhenden Gedanken fassen können.

Nachwort.

In den vorhergehenden Ausführungen habe ich darzutun versucht, daß der deutsch-englische Gegensatz das vom Fürsten Bismarck aufgebaute kontinentale Friedens- und Gleichgewichtssystem zerstört und zuletzt den Weltkrieg heraufbeschworen hat. Ich erinnere mich heute noch eines Gesprächs, das ich bei Ausbruch des Krieges mit einem deutschen Publizisten hatte und in dessen Verlauf ich die Bemerkung fallen ließ, der ganze Krieg wäre sinnlos, wenn er nicht in seinen Folgen zur endgültigen Einigung Europas führe. Die Staatenpolitik ist meiner Überzeugung nach jeweilig durch bestimmte, wenn auch dem menschlichen Erkenntnisvermögen nicht immer faßbare Polarisierungsgesetze höherer Ordnung bedingt, sie schafft nur Dauerndes, Lebensfähiges, inwieweit sie diesen Gesetzen entspricht. Tatsächlich kann man als Grundton der europäischen Geschichte der letzten 100 Jahre eine zur Konsolidierung und organischen Verbindung hinstrebende Tendenz verfolgen, die durch falsche Maßnahmen einzelner jeweilig unterbrochen, doch im großen und ganzen immer wieder in Erscheinung trat.

Bismarcks Politik.

Überblickt man von diesem Gesichtspunkte aus die Geschehnisse der letzten Jahrzehnte, so muß man sich sagen, daß Fürst Bismarck nach der Begründung des Deutschen Reichs durch seine maßvolle und weitblickende Gleichgewichtspolitik den Weg eingeschlagen hat, der, den Polarisierungsgesetzen seiner

Zeit entsprechend, allmählich zu einer friedlichen Einigung Europas führen mußte. Der Friedensblock, den er mit englischer Konnivenz im Herzen Europas geschaffen hatte, dem Rumänien und Spanien nähergetreten waren, konnte im Laufe der Zeit eine solche Anziehungskraft gewinnen, daß auch Frankreich trotz des Revanchegedankens in sein System hineingezogen worden wäre. Man ist zeitweilig diesem Ziele näher gewesen als bekannt wurde. Realisierbar war es aber nur unter der Voraussetzung, daß es den Nachfolgern des Fürsten in der Wilhelmstraße gelungen wäre, das Kapital an persönlichem Vertrauen, welches Bismarck sich in Europa erworben hatte, intakt zu erhalten. Dazu mußten sie naturgemäß alles vermeiden, was als ein Übergreifen Deutschlands in fremde, alterworbene Interessensphären gedeutet werden konnte. Dies ist, wie wir wissen, nicht geschehen, besonders was England betrifft; die deutsche Politik schlug im Gegenteil nach Bismarcks Entlassung neue Wege ein, die eine Bedrohung der englischen See- und Weltherrschaft in sich schlossen. Ohne die tätige Mitwirkung des Inselreiches wird sich die Einigung Europas aber niemals durchführen lassen. Daß Fürst Bismarck es verstand, sein System auf solchen Grundlagen zu fundieren, daß die englische Politik darin ihren eigenen Vorteil finden mußte, ist wohl eine der größten Leistungen dieses Staatsmannes gewesen. Der Bruch mit England erfolgte, weil der „neue Kurs" Deutschland über die durch seine kontinentalen Interessen gezogenen Grenzen hinausdrängte, die englische Seeherrschaft bedrohte und so die eigene funktionelle Mission des Deutschen Reichs als Wächters des europäischen Friedens vergaß.

Man kann darüber streiten, ob eine dauernde Konsolidie-

rung Europas im Sinne meiner Auffassung überhaupt möglich war und ob die Völkergeschichte nicht immer den Kampf heranwachsender Rivalen gegen den jeweils Stärksten als Lebensprinzip in sich trägt. Wer dies glaubt, muß die deutsche Politik der letzten 30 Jahre in ihren Grundzügen gutheißen und kann ihren Fehlern nur taktische, nicht aber meritorische Bedeutung zuerkennen. Ich aber bin anderer Ansicht; ich erblicke im Weltkriege die Folge einer willkürlich auf falsche Bahnen gelenkten Politik und halte den Krieg darum für eine Krankheitserscheinung, für eine Unterbrechung des natürlichen Werdeganges der europäischen Entwicklung. Es bestand keine organische Notwendigkeit dafür, daß England dasselbe Schicksal erleide wie seinerzeit Holland oder Spanien und daß Deutschland nicht nur Europa, sondern die Welt beherrsche. Dazu hatte das deutsche Volk keine größere Veranlagung als das englische, im Gegenteil. Aber durch diesen Ehrgeiz wurde es seiner eigentlichen europäischen Aufgabe entfremdet, diese wurde ihm geradezu unmöglich gemacht, sobald England in Deutschland den gefährlichsten Konkurrenten sah und sich gegen die deutsche Gefahr dadurch schützte, daß es das junge europäische Einigungswerk durch eine widernatürliche Umkehr der Bündnisse zerschlug und sich jenen Mächten anschloß, die alles Interesse daran hatten, den mitteleuropäischen Friedensblock zu sprengen. Man behauptet heute vielfach, Deutschland habe den Weltkrieg verloren, weil es kein bestimmtes Kriegsziel mit entsprechender Zähigkeit verfolgte, ich möchte diese Auffassung dahin modifizieren, daß Deutschlands nicht formulierbares und an sich unbegrenztes Kriegsziel ebenso wie die vorhergegangene Flottenpolitik mit der durch die organische Entwicklung Eu-

ropas gegebenen Determinierung der deutschen Politik im Widerspruche stand und darum nicht durchdringen konnte.

Noch eines wäre in Betracht zu ziehen. An einer Stelle seiner Weltgeschichte sagt Leopold von Ranke: „Neben den Staatsbegebenheiten, die unsere Vorväter wohl als Emergenzien bezeichnen, erscheint in einer tieferen Schicht auch immer eine mit den ersteren zusammenhängende, aber doch von ihnen abweichende innere Bewegung, durch welche die gleichzeitigen Ereignisse modifiziert und spätere vorbereitet werden.“ Die innere Bewegung, welche den Zeitraum seit der französischen Revolution beherrschte, ist der Drang der unteren Volksschichten, möge es sich nun um Bourgeoisie oder Proletariat handeln, nach größerer Machtbetätigung. Die konservative Politik Bismarcks hat dieser Bewegung beharrlich widerstanden, er selbst fand den Ausdruck des „rocher de bronze“ für sich, er hat das Reich gegen die demokratische Welle aufgerichtet und erblickte in Deutschland nicht nur das Fundament des europäischen Friedens, sondern auch das wirksamste Bollwerk gegen die Revolution. In seiner starken Hand bedeutete diese doppelte Funktion einen Gewinn für Deutschland, schon deshalb, weil die Bewegungsfreiheit der deutschen Politik durch sie streng abgegrenzt wurde und der verantwortliche Leiter sich sagen mußte, daß jeder europäische Krieg die durch die Reichsgründung gebundenen revolutionären Kräfte in und außerhalb Deutschlands wieder frei machen müsse. Vielleicht ist hierin der Grund für das Vertrauen zu suchen, das Fürst Bismarck sich sowohl in Petersburg als auch in London erworben hatte. In beiden Städten muß man die Grenzen der Betätigungsmöglichkeiten Deutschlands, wie sie durch diese konservative

Die revolutionäre Bewegung in Europa.

Einstellung gegeben war, gekannt haben. In Rußland baute man auf die monarchische Gesinnung des ersten Kanzlers, in England aber wußte man, daß er Deutschland nicht zum einseitig wirtschaftlich orientierten Handelsstaat werden lassen könne, ohne den demokratischen und revolutionären Strömungen der Zeit neue Wege zu öffnen und damit die Grundfesten seines Systems zu erschüttern. Auch in wirtschaftlicher Beziehung blieb die Bismarckische Politik eine konservative, bodenständige. Der erste Reichskanzler konnte natürlich die ökonomische Entwicklung eines großen Reichs, wie es Deutschland war, nicht aufhalten wollen, aber ein gewisses gesundes und von politischen Erwägungen diktiertes retardierendes Moment lag zweifelsohne in der von ihm vertretenen deutschen Handelspolitik. Unter seinen Nachfolgern verschwanden diese Hemmungen, der deutsche Welthandel trat in den Vordergrund, mit der ungeahnten Entwicklung der deutschen Industrie wuchs die Macht des deutschen Proletariats und ein Werdegang, der nach außen hin, bei Außerachtlassung der Rücksichten auf alterworbene Rechte anderer, die Handelskonkurrenz zu einem Politikum erster Ordnung erheben und Deutschland alle Welt zum Feinde machen sollte, stärkte im Innern die aufstrebende Demokratie und ihre roten Ausläufer.

Bindung Englands an die konservative Politik.

Das Freundschaftsverhältnis Englands zu Deutschland hatte den großen Vorteil, daß die auf die Unterstützung der konservativen Politik Bismarcks fundierte auswärtige Orientierung Englands von einer Verbindung mit der demokratisch-revolutionären Bewegung Europas ferngehalten wurde. Das Konzept änderte sich gründlich, sobald England sich mit Frankreich verbündete. Sehr charakteristischerweise hörte man erst

von diesem Zeitpunkte an davon, daß englische Freimarerlogen mit französischen und italienischen in politische Verbindung zu treten und ihren Einfluß geltend zu machen begannen. Jede politische Einstellung unterliegt dem Gesetze der Wahlverwandtschaften, jede findet die ihr naturgemäßen Freunde und Bundesgenossen. Ich zweifle nicht daran, daß die englische Freimaurerei ebenso wie jene aller anderen Länder schon vor der Entente mit Frankreich von demokratisch-revolutionären Strömungen durchsetzt war, eine Bedeutung konnten diese aber erst gewinnen, als die englische Politik sich so gewendet hatte, daß sie die freiheitliche Bewegung in Europa für ihren Zweck verwenden zu können glaubte. In welch wirksamer Weise England es verstanden hat, die weltumfassende Organisation der Freimaurerei in seinen Dienst zu stellen, haben wir im Weltkriege erfahren.

Man kann sich heute die Frage vorlegen, ob die durch den Weltkrieg vollzogene Demokratisierung Europas nicht eine Notwendigkeit war, ob unsere Gegner also nichts anderes getan haben, als eine reife Frucht zu pflücken. In gewisser Hinsicht ist dies richtig, die Lebenslinie des deutschen Volkes strebte schon vor dem Kriege der demokratischen Staatsform zu, die Fassade der altpreußischen Institutionen entsprach nicht mehr der zunehmenden Kapitalisierung und Industrialisierung der Volkswirtschaft. Aber man kann den nachbismarckischen Lenkern der deutschen Politik den Vorwurf machen, daß sie diesen an sich vielleicht unvermeidlichen Umwandlungsprozeß mehr als nötig beschleunigt haben, indem sie ihren politischen Apparat ganz in den Dienst der aufstrebenden Industrie stellten und so eine Organisation groß werden ließen, deren sie nicht mehr Herr waren. Auch die Handelskonkurrenz wäre in das deutsche

Die Demokratisierung Europas.

Friedenssystem einzugliedern gewesen, wenn man die kommerziellen Interessen den höheren politischen untergeordnet hätte. An sich war das Bismarckische Axiom, wonach die Handelsbeziehungen mit der Staatenpolitik nichts zu tun hätten, vielleicht falsch, als pragmatische Einstellung bot sie aber jedenfalls größere Friedensbürgschaften als die Anschauung, die später um sich griff und die das hauptsächlichste Ziel der deutschen Politik darin erblickte, den deutschen Handelsunternehmungen überall Vorschub zu leisten. Das wilhelminische Deutschland hat durch die von höchster Regierungsstelle aus rücksichtslos betriebene Unterstützung des deutschen Außenhandels einen Weg betreten, der dann von allen Mächten eingeschlagen wurde und letzthin die politischen Friedensbindungen durchbrechen mußte. In China, im nahen Orient und in Marokko diktierten der deutsche Kaufmann und die hinter ihm stehenden Großbanken vielfach die deutsche Politik. Jedes größere Handelsgeschäft, jede Anleihetransaktion wurde dadurch zum Politikum, man begann im Ausland in jeder Errungenschaft des deutschen Handels eine Vergrößerung der deutschen Weltstellung zu sehen. — Das von Deutschland gegebene Beispiel fand überall Nachahmer, Geldmarkt und Börse wurden politisiert, die Regierungen machten die Gewährung von Anleihen im Ausland, die Investierung von Kapital für Industriezwecke von politischen Erwägungen abhängig, und so wurde das, was früher als private Transaktion auf der politischen Schaubühne kaum in Erscheinung getreten war, zu einer Angelegenheit von höchster internationaler Bedeutung. Ein weitblickender Staatsmann, wie Bismarck es war, hätte die Gefahren dieser Entwicklung erkannt, er hätte das Schicksal seines Landes weniger dem

Unternehmungssinn einzelner ausgeliefert. Deutschlands Welthandel hätte sich dann vielleicht nicht so rasch entwickelt, aber die Gefahren der Handelskonkurrenz für den europäischen Frieden wären stark herabgemindert worden.

Diese Handelskonkurrenz und die mit ihr im engsten Zusammenhange stehende deutsche Flottenpolitik waren es aber, die eine Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland unmöglich machten und zuletzt den Weltkrieg heraufbeschworen haben.

Der Ausgang des Krieges und die Beseitigung der Monarchien in Österreich-Ungarn und Deutschland haben den demokratischen Prinzipien der Westmächte nunmehr in ganz Europa zum Siege verholfen. Man könnte glauben, daß diese Egalisierung unseres Kontinents, die restlose Erfüllung des Nationalitätenprinzips und der republikanischen Regierungsform den Weg zu einer Völkerversöhnung und zu der endgültigen Einigung des Kontinents freigemacht habe. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre müssen jeden Unparteiischen von dem Gegenteil überzeugen. Niemals hat nationaler Egoismus, Handelsneid und willkürliche Eroberungslust üppiger gewuchert als heute, der Weltkrieg hat alle die Friedensbindungen der Vorkriegszeit gesprengt, ohne irgendwelche neuen zu schaffen. Wir sind an dem Zustande der europäischen Anarchie angelangt. Vielleicht werden spätere Generationen, wenn sie auf die Anfänge des 20. Jahrhunderts zurückblicken, den Versuch, Europa zu demokratisieren, als den größten Fehler betrachten lernen und einsehen, daß es weder der konservative, von Metternich her übernommene Geist der österreichischen Politik noch die von Bismarck ausgebildeten friderizianisch-militaristischen Tra-

ditionen des Deutschen Reichs waren, die den Krieg heraufbeschworen, sondern gerade die demokratischen Strömungen, die, aus der Industrialisierung Europas hervorgegangen, die internationale Politik auch nur mehr zum Handelsgeschäft herabgewürdigt hatten. Nicht weil Deutschland der stärkste Militärstaat Europas war, ist es zum Kriege gekommen, sondern weil es der treibenden Kraft der in Industrie und Handel aufstrebenden deutschen Demokratie nicht widerstand und seine Militärmacht in ihren Dienst stellte, wurde der Krieg unvermeidlich. Die Westmächte behaupteten, diesen Krieg gegen veraltete Autokratien, gegen den Militarismus einzelner Monarchen zu führen, tatsächlich kämpften sie, was Deutschland betrifft, mit wesensgleichen Gegnern, und deren Niederlage hat an dem Probleme, wie Europa seinem eigentlichen Ziele, seiner Polarisierung, näherzubringen ist, nichts geändert, sie hat, ganz im Gegenteil, dessen Verwirklichung in weite Ferne gerückt.

Ausblick in die Zukunft.

Der Weltkrieg hat alle organischen Hemmungen der internationalen Politik scheinbar so gründlich beseitigt, daß es der menschlichen Phantasie heute freisteht, jede Möglichkeit einer Neugruppierung und Neugestaltung unseres Weltteils auszudenken, ohne daß sie fürchten müßte, in ihrem Gedankenfluge durch die harte Realität des Völkerlebens behindert zu werden. Und doch wirkt diese Realität fort, sie ist schon im stillen an der Arbeit, um Europa auf seine naturgesetzlich gewiesene Bahn zurückzuführen und die vielen Auswüchse verblendeten menschlichen Wollens und Handelns als etwas Vorübergehendes, Absterbendes abzustreifen. Zu diesem Absterbenden gehören meiner Überzeugung nach vor allem die in Paris mit den Mittelmächten abgeschlossenen Friedenstraktate.

Die Durchführung des Friedens von Versailles halte ich für eine Unmöglichkeit, nicht nur weil er Deutschland für Jahrzehnte hinaus unerträgliche Leistungen auferlegt hat, sondern vor allem, weil er Frankreich nicht vor der deutschen Bedrohung schützt, es vielmehr für immer zwingen wird, gegen deutsche Revanchegelüste auf der Hut zu sein. Der Friede ist kein politischer, sondern ein finanztechnischer, von französischem Rentnergeist diktierter, als solcher kann er die durch die Natur gewiesene Entwicklung niemals aufhalten. Für das politische Frankreich konnte es nur ein Kriegsziel geben, und das war die Vernichtung der deutschen Einheit. Wenn Deutschland wieder in Teilstaaten zerfiel, Österreich-Ungarn dagegen als französischer Bundesgenosse im Osten erhalten und gestärkt werden konnte, so wäre es möglich geworden, die napoleonische Konzeption eines in Paris zentrierenden europäischen Systems zu verwirklichen. Durch dieses System würde Frankreich zum Herrn Europas werden, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung. Die deutsche Kohlen- und Eisenproduktion würde unter französische Oberhoheit gelangen, es würde sich so der Zusammenschluß der europäischen Industrie unter der Ägide Frankreichs vollziehen. Es würde sich ein europäisches Produktionsgebiet herausbilden, das durch die reichen und bisher wenig ausgenützten französischen Kolonien mit Rohstoffen versorgt werden könnte und eine Autarchie darstellen würde. Aber das heutige Frankreich wäre mit seinen veralteten bureaukratischen und zentralistisch organisierten Verwaltungsmethoden auf die Dauer kaum in der Lage, die Führung eines solchen Konzerns zu behalten. Wer die Verhältnisse kennt, kann nicht im Zweifel darüber sein, daß die wirt-

schaftliche Hegemonie mit der Zeit notwendigerweise wieder der besser-organisierten und kräftigeren deutschen Industrie zufallen müßte. Die treibende Kraft des industriellen Fortschritts müßte aber auch die politischen Hemmungen früher oder später sprengen. Am Ende würde der deutsche Unternehmungsgeist doch wieder die Lage beherrschen.

Eine solche Lösung des europäischen Problems hätte vieles für sich, sie würde eine starke Kontinentalmacht ins Leben rufen, die gleichberechtigt mit England und Amerika die Konkurrenz auf dem Weltmarkte aufnehmen könnte.

Die Hindernisse nationalpolitischer und wirtschaftlicher Natur sind aber zu groß, als daß sich ein solcher Plan verwirklichen ließe, vor allem würde England eine Konsolidierung Europas auf dieser Grundlage niemals zugeben können und bestrebt sein müssen, die französische Vorherrschaft durch neue Koalitionen zu vernichten. England kann keinem europäischen System zustimmen, in dem es nicht eine führende Rolle spielt.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Bei der heutigen internationalen Lage, die an Halbheiten stehengeblieben ist und einen Zustand geschaffen hat, der kein europäisches Land zur Ruhe und Ordnung kommen lassen kann, muß man mit der Fortsetzung der bisher geübten Real- und Kriegspolitik rechnen. Solange nicht der Weg für eine europäische Einigung durch weitherziges Vergessen der Vergangenheit und durch eine radikale Abkehr von der bisher befolgten Methode freigemacht wird, können nur die Intransigenz Frankreichs, wieder zu seinem Gelde zu kommen, und die durch die fortgesetzten Demütigungen andauernd gesteigerte Revanchelust des deutschen Volkes für den Politiker als aktuelle Faktoren in Frage kommen. Es ist unter den gegebenen Verhältnissen

nur natürlich, daß das Deutsche Reich an Vergeltung denkt, sich überall nach Bundesgenossen umsieht und daß selbst der Gedanke, solche in Sowjet-Rußland zu finden und dem gegenwärtigen Zustand durch eine kulturvernichtende Weltrevolution ein Ende mit Schrecken zu bereiten, Anhänger gefunden hat. Dieser Plan dürfte sehr bald durch den unvermeidlichen Zusammenbruch der Sowjetregierung an Aktualität verlieren, es mehren sich aber heute die Stimmen, welche gerade in diesem Zusammenbruch die Möglichkeit erblicken, die traditionelle Verbindung Deutschlands mit Rußland und so auch das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen. Ich halte auch diese Voraussicht für eine gefährliche Illusion. Niemand kann heute sagen, wer in Rußland an Stelle der Herren Lenin und Trotzki treten wird, es kann eine farblose Bauernrepublik sein, ebenso möglich ist eine monarchische Restauration oder der Cäsarismus, aber was immer kommen mag, eines scheint mir sicher, daß das neue Rußland national-russisch denken und fühlen wird, und daß seine neuen Machthaber noch viel mehr als ihre zaristischen Vorgänger mit dem russischen Nationalismus werden rechnen müssen. Es mag geschehen, daß die heute noch von tiefem Hasse gegen Frankreich und auch gegen England beseelte russische Reaktion sich mit Deutschland verbünden, dessen organisatorische Fähigkeiten zum Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft benutzen wird, aber ein solches Bündnis würde lediglich momentanen Zweckmäßigkeitsgründen entspringen, es könnte keine Dauer haben, weil die Tendenz der russischen Politik naturgemäß wieder sehr bald dem Panslawismus und damit dem Kampfe gegen Deutschland zustreben müßte. Das Lebensgesetz des russischen Volkes

verlangt dies. Heute, wo Deutschland zu Boden liegt, eine Reihe kleiner slawischer Volksgruppen den Balkan und das frühere Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie ausfüllen, müßte die Verwirklichung der panslawistischen Träume relativ einfach erscheinen. Die neuen russischen Staatsmänner werden kaum so töricht sein, Deutschland nur aus Rachegefühl gegen Frankreich wieder groß und stark werden zu lassen und damit gerade jene Hemmung wiederherzustellen, welche bisher der russischen Expansion nach Westen im Wege stand. Viel naheliegender wäre es, daß Rußland sich in Kürze wieder mit Frankreich verbinden und bei Ausnützung der französischen Angst vor Deutschland um den Preis Polens, der von Slawen bewohnten österreichischen Gebiete und des Balkans die Garantie des heutigen französischen Besitzstandes übernehmen würde.

Damit wäre aber wieder die Situation geschaffen, welche Lord Dunsany im Jahre 1874 treffend richtig beurteilte und die ihn zum Anhänger eines deutsch-englischen Bündnisses machte.

England wäre dann genötigt, zu der Politik Disraelis und Salisburys zurückzukehren, es müßte wieder den Versuch unternehmen, in Mitteleuropa einen Schutzwall gegen Rußland aufzurichten.

Dies bringt uns zur dritten Lösung des europäischen Problems, die meiner Ansicht nach die einzig dauerversprechende wäre. Es ist dies eine Aussöhnung zwischen Deutschland und England und die Ausgestaltung der Bismarckischen Kontinentalpolitik in der Richtung eines Völkerbundes, in dem England eine führende Rolle übernehmen und sein koloniales Weltreich als Morgengabe einbringen würde. Wäre England im Jahre 1920

nicht durch die maßlose Verhetzung eines fünfjährigen Krieges verblendet gewesen, hätten sich die englischen Friedensdelegierten in Versailles weniger durch das Wechselspiel der Leidenschaft, durch die öffentliche Meinung ihres Landes beeinflussen lassen und sich im Bunde mit Präsident Wilson für einen gerechten Frieden und für die Verwirklichung des Völkerbundes auf europäischer Grundlage eingesetzt, so wäre ihr Bündnis mit Frankreich zwar einer schweren Probe ausgesetzt gewesen, vielleicht wäre sogar die Koalition gesprengt worden, aber die Voraussetzungen würden heute bestehen für die Wiederherstellung eines europäischen Friedenssystems, das, auf Bismarckischer Tradition beruhend, potentiell die Möglichkeit eines dauernden Zusammenschlusses Europas in sich getragen hätte.

Die Gelegenheit wurde versäumt, seither ist der Völkerbundgedanke so in Mißkredit geraten, daß man füglich zweifeln kann, ob er je wieder lebendige Gestalt annehmen und sich durchsetzen wird. Vielleicht ist er in der demokratisch-freiheitlichen Form, wie ihn der schulmeisterliche Sinn des amerikanischen Präsidenten ausgesonnen hatte, für immer tot, aber die Notwendigkeit, das europäische Einigungswerk zu vollenden, besteht fort, die Sehnsucht nach einer friedlichen und den Wiederaufbau der europäischen Trümmer ermöglichenden Zukunft wird in allen Ländern von Tag zu Tag fühlbarer, und wenn es auch möglich ist, daß die Lösung des Problems auf anderen, konservativeren Grundlagen erfolgen wird, als dies Präsident Wilson wollte, ebenso wie die deutsche Einigung nicht nach den demokratischen Prinzipien der Paulskirche, sondern nach den Gesetzen des geschichtlichen Werdeganges der Menschheit von Bismarck verwirklicht wurde, so spricht doch alles dafür, daß

der innere Drang der Zeit gepaart mit der äußeren Not den Zusammenschluß herbeiführen wird.

Englands Interesse am Völkerbund.

Von allen Ländern ist England heute am stärksten daran interessiert, daß die Ruhe in Europa wieder einkehre und daß eine höhere Synthese für die zwischenstaatlichen Beziehungen gefunden werde. Denn ohne eine solche wird es nicht nur die seinem Wirtschaftssysteme im Weltkriege verursachten Schäden nicht wiedergutmachen können, sondern es wird für seine Staatsmänner auch sehr schwer sein, ihre eigenen, die Existenz des britischen Weltreichs bedrohenden Probleme einer günstigen Lösung zuzuführen. Die irische, ägyptische und indische Frage wären viel leichter zu lösen, wenn der Völkerbundgedanke verwirklicht und eine neue Form der internationalen Föderierung gefunden werden könnte. Das britische Weltreich ist auf die Dauer nur auf Grundlage der weitestgehenden Toleranz gegen alle Völker aufrechtzuerhalten; nur solange England seinen Besitzstand der ganzen Welt zur freien und mit den eigenen Staatsangehörigen gleichberechtigten Betätigung offenhalten kann, wird die Menschheit die Tatsache ertragen, daß fast ein Drittel der Welt heute unter englischer Oberhoheit steht. Der in dem Weltkriege großgezogene englische Chauvinismus, der sich besonders in den englischen Dominions geltend macht und zur Absperrung gegen alles Fremde drängt, trägt an sich die Keime der Auflösung des Reichs in sich. Es wird für die englische Regierung nicht leicht sein, die Entwicklung zum geschlossenen Handelsstaat aufzuhalten, in Kanada, Australien und auch in Südafrika wird sie auf Widerstand stoßen; diesen zu überwinden, wird es einer ideellen Suggestion bedürfen, die sich nur im Völkerbundgedanken und in der Anerkennung

eines über den Nationen stehenden höheren Bürgerrechtes der Menschheit finden läßt. Das Land aber, in welchem die dahin führenden Prinzipien am ehesten Gestalt gewinnen werden, ist Deutschland, und darum erscheint es mir unzweifelhaft, daß England durch sein eigenstes Interesse dazu genötigt sein wird, sich wieder dem mitteleuropäischen System anzuschließen und im Bündnisse mit dem deutschen Volke der Welt die Treuga Dei aufzuerlegen, ohne welche unser Weltteil dem sicheren Untergange entgegengehen müßte.
